Dienstag, 19. April 1932
Nr. 92. Jahrg. 1932

Preis 10 Pfg.

Sozialdemokrat Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Höchste Kriegsgefahr im Osten

Eingreifen Japans gegen Sowjetrußland?

Höchste Alarmbereitschaft!

TU. London, 18. April 1932.

In Tokio sind militärische Berichte eingegangen, daß die Russen neun Divisionen an der Grenze der Mandschurei zusammengezogen hätten, was darauf hindeutet, daß Vorbereitungen für einen Krieg im Gange seien.

Von amtlicher Stelle wurde den Pressevertretern in Tokio mitgeteilt, daß Japan diese Entwicklung zunächst mit Ruhe ansehe (!) und alle Handlungen vermeiden wolle, an denen Anstoß genommen werden könnte. Es wird versichert, daß es sich bei der Entsendung der Kriegsschiffe nach Kamschatka lediglich „um die übliche Entsendung von Torpedobootszerstörern für Fischereischutzzwecke" (!!!) handele, wie dies auch in früheren Jahren der Fall gewesen wäre.

Andererseits aber wurde zugegeben, daß die Beziehungen zwischen Japan und Rußland gespannter geworden seien und daß Japan bereit sei, in den Streit zwischen Rußland und der neuen Republik der Mandschurei einzugreifen. Japan werde auf keinen Fall Rußland angreifen, aber man dürfe die Augen vor der Tatsache nicht verschließen, daß Rußland mit der Tätigkeit Japans in der Nordmandschurei unzufrieden ist.

TU. Moskau (über Kowno), 18. April 1932

Die „Istwestija" meldet, daß sich die politische Lage im Fernen Osten sehr zugespitzt habe. Die Lage an der chinesischen Ostbahn beweise, daß man die Schuld Rußland zuschieben wolle. Die vollkommene Verantwortung trage jedoch die japanische Regierung, die die Regierung Puyi zu einem Konflikt mit Rußland treibe. Die japanische Presse bringe Märchen über Rußland und schaffe so eine Kriegsstimmung. Das Blatt warnt Japan vor einem solchen Spiel gegen die Sowjetunion.

TU. Tschangtschun, 18. April 1932

Hier wird erwartet, daß die Regierung Puyi infolge des Zwischenfalls mit dem Konsul in Blagoweschtschenks die Konsulate in Tschita, Wladiwostok und Chabarowsk schließen und den russischen Vertretern die Anweisung geben werde, das mandschurische Gebiet zu verlassen. Diese Maßnahme soll bereits in der nächsten Zeit ausgeführt werden.

Diese Meldungen sind höchst alarmierend. Sie zeigen, das der japanische Imperialismus mit allen Mitteln zum Krieg treibt. Es ist ein hinterhältiges Täuschungsmanöver, wenn Japan sich hinter der „neuen mandschurischen Republik" zu verstecken sucht und nur als angeblicher Vermittler und Schützer auftreten will. Die „mandschurische Republik" ist nichts anderes als der von Japan geschaffene und völlig unter seiner Herrschaft stehende Pufferstaat.

Die nur als Strohpuppe Japans fungierende mandschurische Regierung soll offensichtlich den Krieg gegen Rußland beginnen. Dazu sind die Russenverhaftungen vor einigen Tagen und jetzt die Ausweisungen der russischen diplomatischen Vertreter der Auftakt.

Daß die Meldung über London kommt und die Regierung in Tokio englischen Pressevertretern die Eröffnungen machte, zeigt auch gleichzeitig, daß die **Imperialisten der Großmächte hinter Japan stehen.**

Für die Arbeiterklasse der ganzen Welt ist das ein Alarmsignal. Alles gilt es einzusetzen, um den Imperialismus in den Arm zu fallen. **Die Kapitalisten der ganzen Welt sollen wissen, daß hinter der Sowjetunion das Proletariat der ganzen Welt steht.** Jedes Mittel des Kampfes wird und muß das Proletariat einsetzen zur **Verteidigung der Sowjetunion, des einzigen Arbeiterstaates!**

Rumänische Kriegsvorbereitungen gegen Rußland

Die gesamte sowjetrussische Presse veröffentlicht heute Meldungen über angebliche kriegerische Vorbereitungen Rumäniens. Die rumänischen Militärbehörden sollen jetzt den Hafen von Constantza umgebaut und dort schwere Artillerie zusammengezogen haben.

Verschlechterung sämtlicher Manteltarife!

Schiedsspruch gegen die Buchdrucker — Eine prinzipielle Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums

Am Sonnabend, den 16. April wurde in später Abendstunde im tariflichen Zentralschlichtungsamt für das Buchdruckgewerbe ein Schiedsspruch über den zum 30. April gekündigten Manteltarif gefällt. Der Schiedsspruch **steht in jeder Hinsicht eine gewaltige Verschlechterung vor.**

Die Bezahlung der Schichtarbeit wird gekürzt, was eine Lohnreduzierung von 1,80 Mark pro Woche ausmacht.

Die Zuschläge für regelmäßige Sonntagsarbeit werden von 90 auf 75 Prozent, die Ueberstundenzuschläge für Kurzarbeit auf 10 Prozent herabgesetzt. Die Lehrlingskostgelder für die letzten drei Lehrjahre werden je nach der Ortsklasse von 1,92 bis 2,40 Mark gekürzt. (Das, obwohl das Lehrlingskostgeld erst im vorigen Jahr um 18 Prozent abgebaut wurde.)

Kurzarbeit soll künftig mit einer Ausnahmekündigungsfrist von drei Tagen angesetzt werden können. **Die schlimmste Verschlechterung kommt darin zum Ausdruck, daß**

der Urlaubslohn für alle Vollarbeiter im laufenden Jahr nur noch mit 70 Prozent ausgezahlt

wird. Die Zahl der Urlaubstage bleibt bestehen. Die Kurzarbeiter erhalten, wie bisher, Urlaub nur nach Maßgabe der geleisteten Arbeit, sollen aber an Urlaubsentschädigung auf keinen Fall mehr als 70 Prozent des Vollarbeiters bekommen.

Dieser Schiedsspruch erhält eine außergewöhnliche Bedeutung, weil es der erste Schiedsspruch über die zukünftige Gestaltung der Manteltarife im Rahmen der hunderte zum 30. April gekündigten Manteltarife für die ganze deutsche Arbeiterschaft ist.

Bezeichnend ist hier die Mitteilung des „Vorwärts", der zu dem Schiedsspruch schreibt:

„Am entscheidensten ist die Kürzung der Urlaubsbezahlung, auch für die vollarbeitenden 30 Prozent, die anscheinend auf allgemeine Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums bezüglich der Verlängerung von Tarifverträgen zurückzuführen sind."

Der Schiedsspruch und die Stellung des Reichsarbeitsministeriums zeigen, daß nunmehr nach der gewaltigen Lohnkürzung durch die letzten Notverordnungen die Lage der Arbeiterschaft neben neuerlichem Lohnabbau hauptsächlich durch einschneidende Verschlechterungen aller übrigen Arbeitsbedingungen herabgedrückt werden soll. Da zur Zeit für etwa 6 Millionen Arbeiter die Manteltarife in Kündigung stehen, ist leicht zu ermessen, was der Arbeiterklasse in den nächsten Wochen droht.

Dagegen muß die gesamte Arbeiterschaft, vor allem der in den Gewerkschaften organisierte Teil, Sturm laufen. Die Buchdrucker, die hier als erste an die Reihe kommen sollen, dürfen sich unter keinen Umständen diesen Schiedsspruch aufzwingen lassen. Mit Absicht wurde die Erklärungsfrist sehr kurz, und zwar bis 20. April bemessen. Da aber die Buchdrucker die bestorganisierte Arbeiterschicht ist, und sie zweifellos auch heute noch die Möglichkeit des erfolgreichen Abwehrkampfes hat, muß sie **in allen Betrieben sofort Stellung nehmen** und eindeutige Beschlüsse fassen in der Richtung: **Auf keinem Gebiet eine Verschlechterung des Manteltarifs, sonst Streik auf der ganzen Linie.** Ihr Kampf muß aber gleichzeitig der Aufmarsch für alle übrigen Arbeiterschichten sein. Ihnen allen droht dasselbe. Deshalb muß auch der gemeinsame Kampf politisch geführt und gegen die Regierung gerichtet sein.

An die proletarische Jugend!

Am 24. April wird der Preußische Landtag neu gewählt, und dieser Tag gibt uns die Gelegenheit, Abrechnung zu halten mit der sozialdemokratischen Koalitions- und Regierungspolitik, die 14 Jahre lang gegen das Proletariat geführt wurde.

In diesen 14 Jahren konnte der Faschismus Machtpositionen auf Machtpositionen erringen. In diesen 14 Jahren gelang es dem reaktionären Bürgertum, Erfolge auf Erfolge zu erreichen.

In diesen 14 Jahren gingen die kühnsten Träume der katholischen Bewegung in Erfüllung.

In diesen 14 Jahren wurde um der Koalitionen willen die Einheit des Proletariats von der Sozialdemokratie zerschlagen.

Das ist die Bilanz dieser Preußen-Politik.

Und gerade ihr Jungarbeiter habt in all den Jahren am schwersten diese Auswirkungen erfahren müssen.

Die Ausgaben im Haushaltsetat für die erwerbslose Jugend wurden auf ein Minimum zusammengestrichen. Aber für Polizeipferde sind jährlich 254 000 Mark vorhanden.

Für Polizeiwaffen und -munition werden jährlich eine Viertel Million Mark verausgabt. Für die Krüppelfürsorge hat man in Preußen 19 000 Mark übrig.

Greller als je zeigt es sich, daß die Sozialdemokratie in Deutschland das Erbe des sterbenden Bürgertums übernimmt und die letzten sozialistischen Grundsätze dafür preisgibt.

Und wenn der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun anläßlich der Einweihung des Ehrenmals in Berlin erklärt, daß die Koalitionsregierung anknüpft an die alten und besten Traditionen Preußens, so ist damit auch das Einverständnis gegeben, daß man diese Politik, so wie sie bisher geführt worden ist, auch weiterhin führen wird.

Die Sozialdemokratie hat in all den Jahren gezeigt, daß sie nicht willens ist, der immer stärker werdenden Reaktion ein Paroli zu bieten.

Die Sozialistische Arbeiterpartei hat als einzigste Partei den Arbeitern den Weg zur Einheit der Klasse gewiesen. Die SAP bekennt sich rücksichtslos zu dem Gedanken, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann.

Der Sozialistische Jugendverband fordert euch Jungproleten in Betrieben und Kontoren, euch Mitglieder der freigewerkschaftlichen Jugendverbände, der Sportvorganisationen und insbesondere die Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend auf, gebt am 24. April 1932 eure Stimme

den Kandidaten der SAP! Liste 10

Sozialistischer Jugendverband Deutschlands

Reichsleitung

Preußen als Bollwerk

Von Fritz Sternberg

Die Sozialdemokratie hat ihre Politik der Tolerierung der Brüning-Regierung, die gleichzeitig eine Politik der Tolerierung der Notverordnungen und des Lohnraubs war, vor allem damit begründet, daß es nur auf diese Weise möglich gewesen wäre, die Machtpositionen in Preußn zu halten. Und wer Preußen hat, so wurde und wird von der Sozialdemokratie in der Presse wie in allen Versammlungen ständig wiederholt — hat das Reich. In der Zeit der Wahlen zum Reichspräsidenten hat der „Vorwärts" ständig auf die skandalösen Vorgänge in Braunschweig verwiesen, und den sozialdemokratischen Arbeitern damit immer wieder zu erklären versucht: „Preußen ist nicht Klaggestan." Nachdem nun vom Reiche Hitlers Privatarmee, die SA, verboten worden ist, erklärt die Sozialdemokratie den Arbeitern: Dank unserer Politik ist der Faschismus geschlagen worden, und wenn es für die Richtigkeit der Tolerierung der Brüning-Regierung noch eines Beweises bedurft hätte, so ist er durch das Verbot der SA gegeben.

Die Sozialdemokratie sucht so wiederum ganz verhängnisvolle Illusionen in der Arbeiterschaft zu erwecken. Sie spiegelt der Arbeiterschaft vor, daß man den Faschismus dadurch schlagen kann, daß man die SA verbietet. Aber man kann gegen den Faschismus nur kämpfen, wenn man die Quellen beseitigt, die ihn gespeist haben und die ihn noch heute speisen. Diese Quellen sind die absolute Verelendung der deutschen Arbeiterklasse und die immer stärkere Proletarisierung der Mittelschichten.

Als die Sozialdemokratie nach den Septemberwahlen 1930 die Brüning-Regierung tolerierte, leitete sie damals einen großen Propagandafeldzug gegen den Fachismus ein. Der Erfolg war, daß die Sozialdemokratie ständig abnahm und die Nazis sich seit dem September 1930 fast verdoppelt haben. Und warum? Weil durch die Tolerierung der Notverordnungen und den damit verbundenen Lohnraub den Nazis zehnmal soviel Anhänger zugeschanzt wurden, als man ihnen durch einen Versammlungsfeldzug abnehmen konnte.

Jetzt hat man gegen sie die Eiserne Front organisiert, jetzt werden die SA-Formationen verboten: Aber durch die Tolerierung der neuen Notverordnung, die wir bald nach den Wahlen bekommen werden, wird man dem Faschismus wiederum unendlich vielmehr Anhänger zuführen, als man ihnen durch ein Verbot von Hitlers Privatarmee abnimmt. Die sozialdemokratischen Arbeiter werden von dem Monopolkapital in unmittelbarem Anschluß an die Preußenwahlen die Quittung dafür bekommen, daß man ihnen gestattete, Hindenburg zu wählen, die Quittung dafür bekommen, daß man, um eine Regierungskoalition nach rechts zu legalisieren, die SA verbot. Sie werden die Quittung einmal darin bekommen, daß die Arbeitslosenversicherung weiter abgebaut wird; die „DAZ", das bekannte schwerindustrielle Blatt, das über diese Dinge im allgemeinen gut informiert ist, spricht bereits von Einsparungen in Höhe von 500 Millionen, spricht von einer „Vereinheitlichung" der Arbeitslosenversicherung. Und diese Vereinheitlichung wird darin bestehen, daß auch die in der Arbeitslosenversicherung und in der Krise nicht besser gestellt werden als in der Wohlfahrt.

Und durch diesen Abbau der Arbeitslosenversicherung wird das Monopolkapital versuchen, zwei Fliegen mit einem Schlage zu treffen. Es wird den neuen Lohnraub organisieren, wie ihn der Minister Stegerwald in seiner Rede auf dem Krisenkongreß der Freien Gewerkschaften deutlich genug angekündigt hat.

Um Preußen zu retten, hat die Sozialdemokratie alle bisherigen Notverordnungen geschluckt. Aber was wird mit Preußen geschehen? Das eine ist sicher, daß die bisherige Weimarer Koalition keine Majorität mehr bekommen wird. Während im ersten Wahlgang den Hindenburgparteien im Reiche nur reichlich 100 000 Stimmen an der Majorität fehlten, fehlten ihnen in Preußen 1,3 Millionen. Die Regierung Braun-Severing hatte, wie bekannt, noch kurz vor der Landtagsauflösung eine Aenderung der Geschäftsordnung herbeigeführt, nach der sie hofft, auch wenn sie in der Minorität bleibt, als geschäftsführendes Ministerium weiterfungieren zu können.

Aber es ist klar, daß, wenn keine feste Majorität hinter der bisherigen Regierung in Preußen steht, daß in Preußen dasselbe eintreten wird wie in manchen anderen Ländern, z. B. Hessen, daß gerade die entscheidenden Positionen Preußens in Polizei und Verwaltung immer stärker ausgehöhlt werden Und das, was Preußen an Macht verliert, wird das Reichsinnenministerium gewinnen. Wir hatten schon in den vergangenen Monaten Gelegenheit festzustellen, daß, obwohl Braun-Severing scheinbar den Machtapparat in der Hand hatten, der legale Faschismus so starke Fortschritte machte, daß er ihre Maßnahmen ständig durchkreuzte. Da durch die Tolerierungspolitik der Sozialdemokratie, wie der sozialdemokratische Abgeordnete Aufhäuser selbst feststellte, der Faschismus objektiv an Macht gewinnt und gewinnen muß, so wird nach den Preußenwahlen mit ihrer inneren Aushöhlung der Länderparlamente der legale Faschismus immer weitere Fortschritte machen. Die Brüningregierung, das ausführende Organ des Monopolkapitals, hat die kommunalen Finanzen völlig zerrüttet, da die Städte die wachsenden Lasten der Wohlfahrtserwerbslosen nicht mehr tragen konnten. Auf diese Weise wurden die Reste der Demokratie, die in der städtischen Selbstverwaltung lagen, immer mehr zerstört. Nachdem die kommunale Selbstverwaltung immer stärker beseitigt wird, geht es jetzt an die Beseitigung der realen Machtfaktoren, die noch in den Länderregierungen verkörpert sind. Die Brüningregierung wird die Unsicherheit der Majoritätsbildung in den Länderregierungen fraglos dazu ausnutzen, um den Ländern die Exekutivgewalt zu nehmen, um sie im Reich zu zentralisieren.

Wir müssen daher den sozialdemokratischen Arbeitern den Satz eintrommeln, daß es heute nicht mehr so ist, wer Preußen hat, hat das Reich, sondern daß es heute so ist

Wer das Reich hat, hat Preußen!

Das Monopolkapital hat in der diktatorischen Brüning-Regierung das Reich. Das Monopolkapital wird nach den Preußenwahlen Preußen haben. Und die sozialdemokratischen Arbeiter, die um des Bollwerks Preußen willen der Tolerierungspolitik, dem Lohnraub zugestimmt haben, die durch diese Politik auch ihre eigenen Organisationen, die freien Gewerkschaften so außerordentlich geschwächt haben, werden bald zu spüren bekommen, daß das Bollwerk Preußen nur ein Phantom ist, aber keine Realität, keine Wirklichkeit, während der Lohnraub bleibt. Sie werden bald zu spüren bekommen, daß der Staat eben nicht über den Wolken schwebt, sondern immer der Ausdruck der Klassenkräfte ist. Und wenn man durch eine Politik der Tolerierung des Lohnraubs, durch eine Politik, die nicht wagt, die noch vorhandenen Kräfte der Arbeiterklasse zu wirklichen Aktionen einzusetzen, wenn man durch eine solche Politik die Kräfte der Arbeiterklasse schwächt, und damit natürlich ganz automatisch die Kräfte des Klassengegners stärkt — dann ist es selbstverständlich, daß auch im staatlichen Verwaltungsapparat diese Verschiebung der Kräfte zugunsten der Konterrevolution sich auswirken muß. Preußen war nie ein Bollwerk gegen den Faschismus. In der Zeit der Regierung Braun Severing sind die Klassenkräfte des Proletariats so geschwächt worden, daß die Sozialdemokratie nicht einmal mehr wagte, einen eigenen Kandidaten zur Präsidentenwahl aufzustellen und die Nazistimmen sich seit den Septemberwahlen 1930 etwa verdoppelt haben. Preußen wird nach den Wahlen noch weniger ein Bollwerk gegen den Faschismus sein.

Ein Bollwerk gegen den Faschismus kann nur geschaffen werden durch Aktionen, die bestimmt sind, die Arbeiterklasse zu einen, durch Aktionen, die dem Proletariat klar machen, über welche Kräfte es verfügt, wenn es sich wirklich zu recken beginnt, durch Aktionen, die es bewirken, daß die Organisierung einer revolutionären Einheitsfront der Arbeiterklasse in schnellerem Tempo erfolgt als die Organisierung der faschistischen Kräfte.

Vor Groeners Rücktritt?

Eine ungewollte Kollision mit Hindenburg — Verdächtige Pläne des Reichswehr- und Innenministers

Berlin, 18. April 1932.

Eine im allgemeinen gut informierte Berliner Korrespondenz verbreitet am Montag abend folgende Meldung:

„Die Autorität des Reichsinnenministers Groener hat durch die letzten Vorgänge eine starke Schwächung erfahren, so daß in politischen Kreisen die Möglichkeit seines Rücktritts nach dem 24. April sehr ernsthaft erörtert wird. Ein Rücktritt Groeners kann auch auf das Reichskabinett nicht ohne Rückwirkung bleiben.

Viele politische Persönlichkeiten, die sich vor ungefähr einer Woche sehr lebhaft für das Verbot der SA- und SS-Abteilungen eingesetzt haben, wollen von dieser Initiative heute nichts mehr wissen, und lassen den Reichsinnenminister im Stich. Die Nachricht, daß der Reichspräsident am Montag den Reichsinnenminister empfangen habe, hat sich in den späten Nachmittagsstunden des Montag nicht bestätigt.

Es ist anzunehmen, daß dem Reichsinnenminister noch von mehreren Seiten nahegelegt wird, den Brief des Reichspräsidenten rein formal zu interpretieren und für seine beschleunigte Ausführung Sorge zu tragen."

Wie die „SAZ" berichten konnte, hat das SA-Verbot keineswegs überall rückhaltlose Zustimmung gefunden. Am allerwenigsten in den Kreisen des Reichswehrministeriums, wo bekanntlich als Allmächtiger der General von Schleicher sitzt. Dieser Herr, dessen intime Beziehungen zu den Nationalsozialisten bekannt sind — die „Welt am Montag" will von ihm wissen, daß er sogar mitten im Reichspräsidentenwahlgang, am 1. oder 2. April, mit Hitlers Stabschef Röhm eine Unterredung gehabt hat —, dieser besagte Herr Schleicher soll sich über das Verbot in besonders hohem Maße entrüstet haben, und man geht wohl nicht fehl, wenn man in ihm die Kraft vermutet, die Hindenburg zu seinem sensationellen, die Auflösung des Reichsbanners fordernden Brief an Groener veranlaßt hat. Dieser Brief hatte nun ein mehr als merkwürdiges Schicksal: Er wurde der Oeffentlichkeit fast gleichzeitig mit einem Artikel Groeners übergeben, in dem dieser seinen Standpunkt zu dem Verbot der SA sowie zum Reichsbanner darlegte. Darin nahm Groener auch zu dem von der Rechtspresse sehr nachdrücklich geforderten Verbot des Reichsbanners Stellung und erklärte in diesem Zusammenhang: **„Diese Forderung konnte ich mir nach sorgfältiger Prüfung nicht zu eigen machen."**

Diese Aeußerung wurde in Rechtskreisen als ein Affront gegen den Reichspräsidenten gedeutet, während offenbar nur ein mehr oder weniger zufälliges Zusammentreffen vorlag. Man verargt nun Groener, daß er seinen Artikel nicht noch nachträglich zurückgezogen hat und macht bei Hindenburg für einen Rücktritt Groeners Stimmung, während dieser selber offenbar der Meinung ist, daß der Anlaß zu einem Konflikt nicht besteht.

Man sieht aus diesem Gang der Dinge, wie sich die Kräfte in Deutschland für die nächste Zeit zu gruppieren beginnen und was es in Wirklichkeit mit dem Sieg Hindenburgs und der „Niederlage" Hitlers auf sich hatte. Die Waage neigt sich immer sichtbarer nach rechts, so daß sogar ein Groener, der doch sicher über alle Verdächtigungen erhaben ist, Sympathien für die Linke zu haben, für das Kabinett nicht mehr tragbar wird. Dabei hat Groener schon von sich aus alles getan, um das Reichsbanner zu erledigen. Nicht nur, daß er schon am Freitag abend Höltermann aufgegeben hatte, sofort und ohne Verweilen die Schutzformationen des Reichsbanners aufzulösen — was ja auch prompt geschehen ist —, sondern er deutet in seinem Artikel auch an, daß vom Reichsbanner noch andere Maßnahmen zu ergreifen seien und propagiert schließlich die Gründung einer „großen nationalsportlichen Organisation", in der „die gesamte deutsche Jugend ohne Ansehen der Partei" zusammengefaßt werden soll. Was damit gemeint ist, bedarf wohl keiner weiteren Beschreibung und ist von Groener zum Ueberfluß auch schon vor Monaten unmißverständlich ausgedrückt worden: Das Ziel ist die sogenannte „Entpolitisierung" der Jugend und daneben natürlich die Umwandlung der Jugendorganisationen in Rekrutenschulen für die Reichswehr.

Keine Landtagsauflösung in Sachsen

Dresden, 17. April 1932.

Die Abstimmung über den sächsischen Volksentscheid auf Auflösung des Landtages ergab bei 3 664 047 Wahlberechtigten eine Stimmabgabe von 1 392 254, so daß der Volksentscheid in der Minderheit geblieben und damit abgelehnt ist.

Die Zahlen stellen sich im einzelnen wie folgt:

Ja-Stimmen	1 318 042
Nein-Stimmen	53 442
Ungültig	20 770

Nach den Bestimmungen der Sächsischen Verfassung muß ein Volksentscheid, um erfolgreich zu sein, von mehr als der Hälfte der Wahlberechtigten unterstützt werden. Insgesamt haben aber nur 38 Prozent für den Volksentscheid gestimmt.

In den einzelnen Wahlkreisen war das Ergebnis wie folgt:

Dresden-Bautzen ..	414 099	1 363 727
Leipzig	290 406	967 929
Chemnitz-Zwickau .	613 937	1 220 130

Die Initiative zu dem Volksentscheid in Sachsen war von den Kommunisten ausgegangen, dem sich die Nationalsozialisten angeschlossen haben. Konnte ursprünglich die kommunistische Aktion damit gerechtfertigt werden, daß der Aufmarsch zum Volksentscheid eine gewisse Aktivierung gestatte, so ist dieser Zweck durch die inzwischen erfolgten beiden Wahlgänge für die Reichspräsidentenwahl eigentlich hinfällig geworden. Nichts irriger darum, als die Versuche, in dem sächsischen Stimmenergebnis einen Rückgang der nationalsozialistischen Bewegung erblicken zu wollen. Einmal war vielen von ihnen der Volksentscheid als eine ursprünglich doch rein kommunistische Aktion von vornherein sehr anrüchig und zum andern war das Beginnen zu aussichtslos, um die Nationalsozialisten und ihren Anhang so zu mobilisieren, wie etwa bei anderen Wahlen.

Oldenburgs Landtag wird aufgelöst

Oldenburg, 17. April 1932

Am heutigen Sonntag wurde im Freistaat Oldenburg der von den in der nationalen Front zusammengeschlossenen Parteien in Gang gesetzte Volksentscheid auf Auflösung des oldenburgischen Landtages durchgeführt. Gleichzeitig brachten die Kommunisten den roten Volksentscheid mit dem gleichen Ziele zur Abstimmung. Nach dem Abstimmungsergebnis ist der Volksentscheid **mit großer Mehrheit durchgekommen, so daß der Landtag aufgelöst wird.**

Ergebnisse:	Volksentscheid 17. April		
Landest. Oldenburg	Ja-St.	Nein-St.	Ung.
	99 440	4 126	811

(Zum Vergleich: Gültige Eintragungen beim Volksbegehren: 65 823.)

Landesteil Lübeck: Ja-Stimmen: 12 643, Nein-Stimmen: 872, Ungültig: 190. (Volksbegehren 8 297.)

Landesteil Birkenfeld: Ja-Stimmen: 13 282, Nein-Stimmen: 798, Ungültig: 78. (Volksbegehren 6 264.)

Das Gesamtergebnis im Freistaat Oldenburg: 125 365: Ja, 5 796: Nein, 1 079: Ungültig. (Volksbegehren 80 384.)

Für das Volksbegehren sind eingetreten Nationalsozialisten, Deutschnationale Volkspartei, Landvolkpartei und Kommunisten. — Das bisherige Oldenburger Landesparlament ist also, da im Unterschied beispielsweise zum Freistaat Sachsen die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheidet, aufgelöst. Von den Wahlberechtigten traten nur 34,5 Prozent für den Volksentscheid ein. Die Neuwahl des Landtages wird vermutlich am 29. Mai stattfinden.

Verhaftung eines Nazi-Polizeioffiziers

TU. Kassel, 18. April 1932

Ein Kasseler Blatt berichtet von der Verhaftung eines Polizeioberleutnants der Kasseler Schutzpolizei, der sich dadurch verdächtig gemacht haben soll, daß sich in einem Lokal gleichzeitig mit ihm ein in ein Schnellgerichtsverfahren verwickelter, jedoch freigesprochener nationalsozialistischer Referendar befunden habe. Der Oberleutnant, der bereits 10 Jahre im Polizeidienst tätig sei, sei beim Verlassen des Lokals von der Kriminalpolizei verhaftet und nach dem Polizeipräsidium gebracht worden, wo er einem mehrstündigen Verhör unterzogen worden sei. Er habe später eine Verfügung des Polizeipräsidenten erhalten, die ihm jede Amtsverrichtung untersagte und das Betreten der Polizeikaserne verbot.

Kommunisten-Verhaftungen in Japan

UT. Tokio, 18. April 1932

Auf Veranlassung des japanischen Innenministeriums hat die Polizei zahlreiche Verhaftungen in Tokio, Osaka, Kobe und Yokohama vorgenommen. Bei 220 Verhafteten wurde eine große Menge kommunistischer Flugblätter für den 1. Mai gefunden. Die Polizei erklärt nachdrücklichst, daß sie am 1. Mai kommunistische Kundgebungen unter keinen Umständen zulassen werde.

Verbot der „Nepszava" aufgehoben

TU. Budapest, 18. April 1932.

Die Regierung hat das Verbot des sozialdemokratischen Organs „Nepszava", wodurch es vorige Woche zu einem allgemeinen Zeitungsstreik kam, aufgehoben. Das Blatt wird morgen früh wieder erscheinen.

Esweis:

Billiges Geld

Zu den allerübelsten Mitbürgern, die sich die grenzenlose Not der heutigen Zeit zunutze machen, und davon herrlich leben, gehören diejenigen feinen Herren, die ständig in allen Zeitungen unter der Rubrik „Geldverkehr" inserieren. Es sind das Leute, die oft bei ihrem Bauernfang so unverblümt zu Werke gehen, daß man sich wundert, weshalb sie nicht von den Betrogenen windelweich geschlagen werden und weshalb die hohe Polizei sich nicht lebhaft für sie interessiert. Sie verstehen es mehr als raffiniert, ihren Opfern das Mark aus den Knochen zu saugen und sie bis zum letzten Tropfen auszupressen.

Geld gebrauchen wir alle. Mag der eine nun, durch allzulange Arbeitslosigkeit abgerissen, gezwungen sein, sich neue Kluft anzuschaffen, weil er seine durch tausend Glückszufälle erhaltene Stellung sauber antreten will, mag der Zweite Geld gebrauchen, weil er als kleiner Handwerker, ausgehungert durch die schlechte Geschäftslage, seine Aufträge nicht mehr ausführen kann, mag der Dritte eine Operation auf einmal bezahlen müssen, weil der Herr Professor es so verlangt und er es bei seinem kleinen Lohn nicht kann, den Dalles haben wir alle. Aber lieber auf alles verzichten und alles schief gehen lassen, ehe man sich versucht, bei den inserierenden Geldverleihern Geld zu beschaffen. Es ist wirklich ein nutzloses Beginnen. Denn anstatt, daß man das nötig gebrauchte Geld bekommt, hat man nur Verluste, die man in der bedrängten Lage nicht vertragen kann.

Darlehen, vorschußlos erhalten Reellidenkende zu günstigen Bedingungen . ."

Es war in der Andreasstraße, ein sauberes Haus, in dem ich in der ersten Etage den angegebenen Namen fand. Eine sehr gut angezogene Frau machte mir auf, nötigte mich mit öligem Redeschwall in ein elegantes Zimmer und sagte auf mein Begehr, Geld zu leihen: „Aber selbstverständlich, und bei uns brauchen Sie auch keine Vorschüsse zu zahlen. Sie bekommen bestimmt das Geld. Ich werde sofort den Antrag von Ihnen aufnehmen, denn wir haben einen sehr reichen Geldgeber zur Verfügung, der Ihnen das Geld leihen wird. Wollen Sie mir Ihre Personalien angeben/" Ich tat es. Nach Beendigung dieser Fünfminutenarbeit erklärte mir die Frau: „So, das wäre gemacht. Sie brauchen nur noch

10 Mark Schreibgebühren bezahlen und 8 Mark für den Recherchеur.

Dann bekommen Sie bestimmt in zwei Tagen das Geld. Bei uns geht es sehr schnell." Es ging auch sehr schnell, — und zwar mein Verschwinden. Denn hier wurde der Schwindel mir doch zu plump aufgelegt. Daß die Frau bei meiner Weigerung, das verlangte Geld zu bezahlen, etwas weniger lieb war, kann man verstehen.

Die zweite Adresse eines solchen Volksbeglückers führte mich nach dem Schiffbauerdamm. Und hier kam ich gleich an den Lehrmeister aller Wucherer. Das Unternehmen bestand aus mehreren sehr elegant ausgestatteten Räumen, in denen eine ganze Anzahl Angestellte geschäftig herumwimmelte. Nach Rücksprache mit allen möglichen Leuten, denen ich immer wieder mein Verlangen nach Geld auseinandersetzen mußte, wurde ich in das Allerheiligste geführt, in das Privatkontor des Herrn serieusen Geldgebers. Hier sein Angebot:

„Sie müssen uns zwei serieuse Bürgen stellen, außerdem Ihre gesamte Wohnungseinrichtung verpfänden und außerdem, wenn Sie, sagen wir mal, 500 Mark haben wollen, eine Lebensversicherung in Höhe von 6000 Mark durch uns abschließen.

Selbstverständlich müssen Sie sich dann noch schriftlich verpflichten, für ein Jahr die Versicherungsprämie an uns zu zahlen. Dann werden Sie noch vorher ärztlich untersucht, ob Ihr Gesundheitszustand das Eingehen einer Lebensversicherung gestattet. Die Kosten für diese Untersuchung brauchen Sie nicht vorher zu bezahlen. Sie betragen 100 Mark und werden Ihnen erst bei Auszahlung des Darlehns in Abzug gebracht, so daß Sie

bei einem 500-Mark-Darlehen 400 Mark ausgezahlt

bekommen. Die Rückzahlung erfolgt in elf Monatsraten, beginnend nach einem Monat. Für diese Raten müssen Sie uns Wechsel ausstellen, die von einem anderen mitunterzeichnet sein müssen. Also das macht einschließlich der Versicherungsprämie, deren Kosten als Aufschlag dazu kommen, und der Zinsen, die wir ja auch berechnen müssen, monatlich 90 Mark, also insgesamt 990 Mark. Sollten Sie aber mit einem Wechsel in Verzug geraten, ist die ganze Summe auf einmal fällig. Nur wenn schon sechs Wechsel glatt eingelöst sind, würden wir bereit sein, Entgegenkommen zu üben, und zwar in dem Sinne, daß für den nicht eingelösten Wechsel zwei neue in Höhe von je 90 Mark an uns gegeben werden müssen." Ich dankte für diese Belehrung und verschwand, so schnell mich meine Beine tragen wollten. Denn zwei Minuten länger bei dem Herrn, und ich hätte mich einer schweren Körperverletzung schuldig gemacht. Gnade dem, der in seiner Not gezwungen ist, mit solchen Aasgeiern Geschäfte zu machen!

Einen anderen Betrüger fand ich in dem Herrn, der auch keinerlei Vorschuß verlangte, mir auf meine Bitte um 500 sogar 1000 Mark vorschlug und nur zur Bedingung machte, ich müßte sein Vereinsorgan auf ein Jahr abonnieren — Preis 20 Mark —, dann

würde eine Annonce eingesetzt werden mit meinem Darlehnsgesuch, und ich würde bestimmt innerhalb drei Tagen im Besitz des verlangten Geldes sein, da das Blatt von Geldgebern abonniert sei,

die ständig Anlageobjekte suchen und gegen einfache Sicherheiten nur 8 Prozent verlangen.

Ein Musterexemplar dieser Kaste war auch jener freundliche Herr in der Palisadenstraße, der mir auf meine Weigerung, sofort 20 Mark Unkostengebühr zu bezahlen, brummend erklärte:

„Ja, ohne nischt is nischt!"

Als Abschluß sei noch jenes Mannes gedacht, der mir drei Adressen zur Kontrolle anbot, damit ich sehen könnte, daß er auch wirklich Geld ausleiht und nicht zu jenen gehöre, die es nur auf Spesen abgesehen hätten und dann nichts mehr von sich hören ließen. Er wollte nur zehn Mark haben, versprach mir aber dafür jede gewünschte Summe. Daß ich schon 24 Stunden später wußte, daß die drei Referenzen mit ihm unter einer Decke stecken und an seinem Bauernfang beteiligt sind, sei der Ordnung halber erwähnt.

Nicht genug warnen kann man vor diesen Kreaturen, denen die bürgerlichen Zeitungen ihr Metier dadurch erleichtern, daß sie die Schwindelinserate aufnehmen. Auf jeden Fall wird derjenige, der sich an diese Blutsauger wendet, der Hereingefallene sein, mindestens durch Verlust der Unkostenvergütung. Wenn wirklich ein Darlehen gewährt wird, dann nur gegen hohe Wucherzinsen. Es wäre diesen Leuten nur zu wünschen, daß sie bald in einem Staate lebten, den der rote Arbeiter regiert. Denn dann würde sich zu ihrem Leidwesen das Wort jenes Maulhelden an ihnen erfüllen, der einst versprach, Köpfe rollen zu lassen

Bergwerkstunglück in Indien

London, 18. April 1932.

Infolge Ausbruchs von Feuer in dem Entlüftungsschacht eines Glimmerbergwerks in der Nähe von Patna (Indien) erlitten 14 Bergleute den Erstickungstod. 3 Bergleute wurden verschüttet und fanden ebenfalls den Tod.

Vier Arbeiterturner ertrunken

Prenzlau, 18. April 1932

Auf dem Uckersee ereignete sich am Sonntag nachmittag ein schweres Bootsunglück. Fünf Mitglieder der Freien Turnerschaft unternahmen in einem Vierer einen Ausflug. Bei dem herrschenden Sturm schlug das Boot um. Drei Insassen ertranken; einer der beiden Geretteten starb kurz nach der Bergung.

Frauenduell mit tödlichem Ausgang

Krotoschin, 18. April 1932

In Zagrzyn gerieten zwei Frauen in Streit, weil der Ehemann der einen der anderen Frau seine Gunst zugewandt hatte. Zuerst kam es zu heftigen Prügeleien, schließlich kamen die Frauen überein, ein Duell auszufechten. Sie bewaffneten sich mit Revolvern und nahmen abends mit zehn Schritt Abstand auf dem Felde Aufstellung. Die ersten Schüsse gingen in die Luft, dann traf die Geliebte des Mannes dessen Frau in die Brust. Die Frau mußte mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden, wo sie starb. Die Schützin wurde verhaftet.

Marga von Etzdorf abgestürzt

Bangkok, 18. April 1932

Die deutsche Fliegerin Marga von Etzdorf stürzte am Sonntag auf dem Rückweg von ihrem Ostasien-Flug nach Deutschland mit ihrem Flugzeug aus bisher noch unbekannter Ursache ab. Fräulein von Etzdorf wurde nur leicht verletzt, während die Maschine zerstört wurde.

Todesopfer der Marne

Paris, 18. April 1932

Einen tragischen Ausgang nahm am Sonntag eine Motorbootsfahrt, die ein Pariser Garagenbesitzer in Begleitung seiner jungen Frau, seines dreijährigen Sohnes und einer Freundin seiner Frau sowie deren achtjährige Tochter auf der Marne unternahm. Das Boot zerschellte in der starken Strömung am Pfeiler eines Staudammes und vier der Insassen ertranken. Nur die Frau des Garagenbesitzers konnte im letzten Augenblick gerettet werden.

Höchstleistungsflugversuch Paris—Kapstadt

Paris, 18. April 1932.

Die beiden französischen Flieger Goulette und Salel, die am Sonntag morgen zu einem Höchstleistungsflug Paris—Kapstadt aufgestiegen waren, sind am Sonntag nachmittag am Ziel der ersten Etappe, Colombe-Beschar, eingetroffen. Die Flieger legten die 2300 Kilometer lange Strecke in einer durchschnittlichen Geschwindigkeit von 195 Kilometer zurück.

Der Erfinder der Brieftaubenphotographie gestorben

Frankfurt a. M., 18. April 1932.

In Cronberg (Taunus) starb am Sonntag im Alter von 81 Jahren der Hofapotheker Dr. Julius Neubronner. Neubronner war der Erfinder der Brieftaubenphotographie, durch die im Krieg es ermöglicht wurde, feindliche Stellungen mit Hilfe fliegender Brieftauben zu photographieren.

Wieviel darf der Kraftfahrer trinken?

Berlin, 18. April 1932.

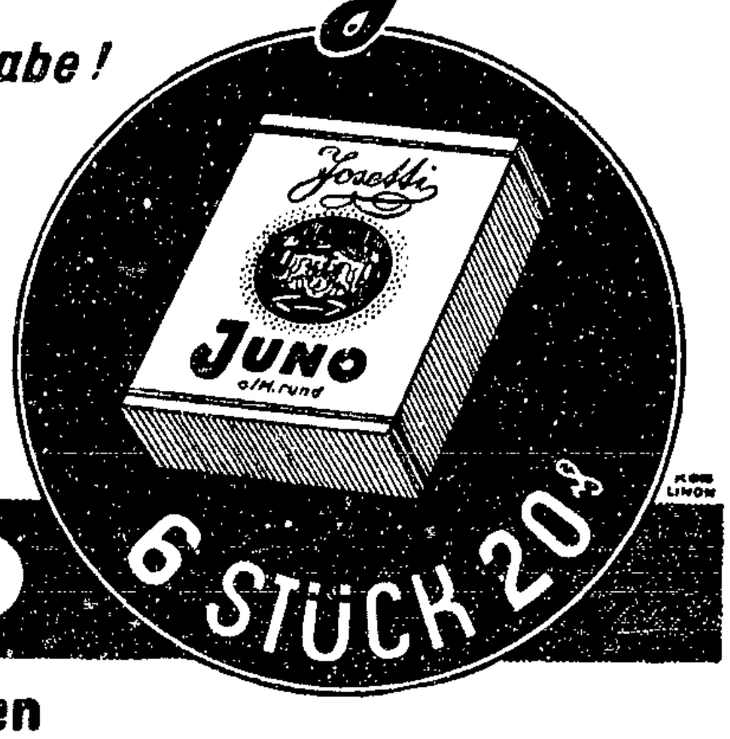
Die Verkehrsabteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte hatte sich mit der grundsätzlichen Frage zu beschäftigen, welche Mengen von Alkohol ein Kraftfahrer zu sich nehmen darf, wenn er sich auf der Fahrt befindet. Unter der Anklage der fahrlässigen Tötung hatte sich der Lagerverwalter Walter Kropf zu verantworten. Er war mit seinem Motorrad in Lichterfelde am Abend auf ein Pferdefuhrwerk aufgefahren. Hierbei wurde der im Beiwagen sitzende Fuhrunternehmer Smigerski tödlich verletzt. Die Polizei stellte fest, daß der Angeklagte, der stark nach Alkohol roch, kurz vor dem Unfall in einem nahegelegenen Restaurant gezecht hatte, und zwar hatte er, wie sich ergab, vier Glas Bier und einen Kognak in einem Zeitraum von etwa zwei Stunden zu sich genommen. In der Verhandlung machte Kropf zu seiner Entlastung geltend, daß er durch seinen Beruf an Alkohol gewöhnt sei und daß er an dem fraglichen Tage trotz der genossenen Getränke durchaus nüchtern gewesen sei. Der Unfall selbst sei nur auf das plötzliche Platzen eines Reifens zurückzuführen. Das Gericht sprach den Angeklagten auf Kosten der Staatskasse frei. In der Begründung hob der Vorsitzende hervor, daß der Angeklagte besser getan hätte, überhaupt nicht zu trinken, da erfahrungsgemäß schon kleinere Mengen von Alkohol die Sicherheit und Reaktionsfähigkeit des Kraftfahrers herabmindern. Es könne aber in diesem Falle nicht festgestellt werden, daß der Genuß des Alkohols für den Unfall „ursächlich" gewesen sei.

Im Tabak liegt der Wert einer Cigarette!

Nicht in irgendeiner beliebigen Zugabe!

Die knappe mit Bruchteilen eines Pfennigs rechnende Kalkulation der Juno erlaubt keinerlei Zugaben wie Wertmarken, Gutscheine oder Stickereien, es müßte denn eine Minderung der Qualität erfolgen.

Josetti lehnt eine Änderung der anerkannt guten Tabakmischung ihrer



Juno

ab und bietet nach wie vor den vollen ungeschmälerten Tabakwert, also das, was Sie an ihr seit langen Jahren schätzen.

Goethe, das Weck / Von Anna Siemsen

Siehe auch „SAZ" Nr. 31 (6. 2.), Nr. 67 (18. 3.), Nr. 79 (3. 4.), Nr. 85 (10. 4.).

Wenn das Leben eines großen Menschen endet, beginnt erst die Geschichte seiner Wirkung. Und diese Geschichte ist oft wechselvoller als ein begrenztes Leben sein kann. Shakespeare war seiner Zeit ein Hofdichter unter vielen andern. Die nächsten Generationen vergaßen ihn. Sie waren mit anderen Problemen beschäftigt. Anderthalb Jahrhunderte nach seinem Tode entdeckte Europa, daß dieser vergessene Schauspieler das Schicksal des modernen Europäers, seine ungeheure Einsamkeit, seine Verlorenheit in einer unverstandenen chaotischen Welt, das Umgetriebene, Heimat- und Ratlose der Menschen geschildert hatte, die „wie Fliegen" für die Götter sind.

Jede Generation sucht sich aus ihren Dichtern ihre eigene Geschichte heraus. Das Bürgertum des achtzehnten Jahrhunderts las in den Homer eine Naivität und Naturnähe hinein, die es ersehnte und nicht erreichen konnte. Die rückwärtsgerichteten Romantiker der Nachrevolution schufen sich aus den Werken der mittelalterlichen Dichter eine Welt verzückter Frömmigkeit, die mit diesen Dichtern wenig zu tun hatte. Goethe wurde nach seinem Tode der erwählte Dichter des sehr geschäftstüchtigen und ordnungsfrohen Bürgertums der beginnenden kapitalistischen Blütezeit. Es war nicht schwer, die Auffassungen dieses Bürgertums in ihn hineinzulegen, um so weniger, da sein Leben, erfolgreich, diszipliniert, respektvoll gegen jede geordnete Autorität, dieser Auffassung durchaus entsprach.

Faust, der anfängliche Himmelsstürmer, der nachher als Großunternehmer und moderner Techniker dem Meere ein neues Land abgewinnt, schien ein Held und Vorläufer der Unternehmer und Gründer der Jahrhundertsmitte. Die so vielfach und liebevoll von Goethe geschilderten Weltmänner, welche in großen Plänen und direktorialer Leitung der Welt das Erwünschte und Angenehme schaffen und selber Reichtum und Macht als ihr gebührend Teil hinnehmen, schmeichelten dem bürgerlichen Selbstbewußtsein. Und war Goethe nicht ein bewährter Antirevolutionär, konnte man sich nicht berufen auf Hermanns Wort: „Dies ist mein, so will ich sagen und so behaupten"? Auf dieses Wort und auf viele andere bürgerlicher Besitzfreude, aristokratischer Massenverachtung?

So ist Goethe in das Bewußtsein des Bürgertums eingegangen. So wird der Olympier verehrt und von nacheifernden Jüngern kopiert. So scheint er ein guter Hüter der Ordnung vor revolutionärer Begehrlichkeit. Und so würde er mit der bürgerlichen Welt, die ihn zu ihrem Heiligen erkoren hat, den Untergang finden, wenn dieser Bürger Goethe sein Wesen und sein Werk erschöpfte. Denn dieser Goethe hat der kommenden Zeit nichts zu sagen, so wenig wie der Hofdichter Elisabeths von England dem Bürgertum des achtzehnten Jahrhunderts.

Der große, verzweifelnde, kämpfende, bis ins letzte ehrliche Individualist Shakespeare ergriff das kämpfende Bürgertum und riß es mit sich fort. Der große Antibürger in Goethe, der Feind der Vorurteile, des moralischen Zwanges, der geistigen Verkrüppelung wird in der beginnenden neuen, unbürgerlichen Zeit seine Auferstehung feiern.

Wie er die Einheit der Welt erlebte, wie er ihre Größe und Schönheit genoß, wie er jeder Lebensäußerung liebevoll nachging, mochte es das Wachsen eines Baumes, die Bildung eines Knochens sein, die Träume eines Kindes oder die Abenteuer eines leichtsinnigen Mädchens; wie er mit reinem Auge die Welt aufzunehmen and rein zu gestalten suchte, weder moralisch verzerrt, noch philosophisch vergewaltigt; wie er unablässig arbeitet, die geahnten Zusammenhänge rein zu gestalten; wie er sich nicht beirren läßt in der Ueberzeugung, daß langsam und auf Umwegen, aber unaufhaltsam die Menschheit zu höherer Entwicklung schreite, ein Teil der ewig wirkenden, allgöttlichen Natur; wie sich ihm so auch der Irrtum und der Fehler zu notwendigen und daher guten Stufen der Entwicklung werden und aus dieser Ueberzeugung eine umfassende Duldsamkeit erwächst; wie das alles Gestalt gewinnt in Gleichnissen, Bildern, Gedichten von unerreichter Schönheit: es ist vielleicht das schwerste Unrecht, das dem Proletariat zugefügt wurde, daß man es in eine Lage versetzte, in der es dies alles nicht erleben konnte, in der Goethes Welt ein verschlossener Garten blieb, Privileg weniger Bevorzugter, Besitz nur des Besitzbürgertums.

Dieser „Haß der gemeinen Menge", sonst Kennzeichen höfischer Kunst, bei uns in einen spezifisch deutschen Intellektuellenhochmut umgewandelt, trägt sein gerüttelt Maß von Schuld an der völligen Unsicherheit und Verwildorung des künstlerischen Geschmacks in Deutschland, der irgendeine Tradition unmöglich gemacht hat. Goethe war auch hierin Führer. Und das ist nur aus den sozialen Bedingungen seines Wirkens, aus dem Fehlen jeder breiten gesellschaftlichen Basis zu erklären, nicht aus seiner Natur. Diese war durchaus auf reine Mitteilung gerichtet.

„Lebhaftes Gefühl der Zustände und die Fähigkeit, es auszudrücken, das ist es doch, was den Dichter macht", sagt er selbst. Es läßt sich gar keine bessere Beschreibung dichterischer Wirkung im allgemeinen und seiner eigenen so eminent dichterischen Art denken. Dies, die reine und starke Aufnahmefähigkeit für Reize jeder Art und das Bedürfnis, sie zu gestalten, erklären auch die fast beispiellose Frühreife der Goetheschen Begabung.

(Fortsetzung folgt!)

Wunder der Strahlung / Von Edmund Finke

Um die folgenden Ausführungen zu verstehen, möge festgehalten werden, daß die Sonne in jeder Minute 250 Millionen Tonnen Gewicht durch Strahlung verliert.

Wenn man eine Kanonenkugel auf 60 Millionen Grad, die Temperatur des Sonnenzentrums erhitzen könnte, würde die von ihr ausgehende Strahlung durch ihren bloßen Aufprall — (nicht durch die Hitze) — genügen, jedermann umzuwerfen, der sich dieser Kugel auf 80 Kilometer näherte. Der Strahlungsdruck der Sonne auf die Erde beträgt 4 Zehnmilliardstel Atmosphären.

Die Quanten-Theorie hat Newton nicht ganz unrecht gegeben, der das Licht als korpuskular, d. i. körperlich bestehend, betrachtete, denn diese Quanten-Theorie hat bewiesen, daß man einen Lichtstrahl als ein in getrennte Einheiten, die sogenannten Photonen oder Lichtquanten, zerlegtes Objekt ansehen kann, etwa wie ein Regenschauer aus Wassertropfen besteht. Mit jedem Lichtbündel ist eine bestimmte, in Längeneinheiten zerlegbare Quantität verbunden. Licht von langer Wellenlänge besteht aus kleinen Bündeln, Licht von kurzer Wellenlänge aus großen Bündeln. Die Energie in jedem Bündel ist dieser Wellenlänge umgekehrt proportional (je kürzer die Wellenlänge des Bündels, desto stärker seine Energie), so daß wir die Energie eines Photons aus seiner Wellenlänge berechnen können und umgekehrt.

Chemie und Physik der Atomzusammensetzung erforschen die Anordnung der äußeren Elektronen (Elektron — kleinste Elektrizitätsmenge, welche mit jedem Atom eines einwertigen Stoffes verbunden ist) zum gegebenen Atomkern.

Der Kern der meisten Atome ist aber selbst zusammengesetzt. Bei den radioaktiven Substanzen wissen wir, daß er aus Heliumkernen und negativen Elektronen besteht, und wir dürfen für die meisten andern Atome auch eine solche Zusammensetzung annehmen.

Die Heliumkerne aber bestehen wiederum aus vier Protonen (positiv geladenen Wasserstoffkernen) und zwei Elektronen.

Kurz gesagt, besteht das Atom also aus einer bestimmten Anzahl von Protonen und verschieden angeordneten in Eigenbewegung befindlichen Elektronen (der bekannte Vergleich mit dem Planetensystem, Makrokosmos und Mikrokosmos).

Bei der Vernichtung von Materie, die als ein katastrophaler Zusammenstoß eines einzelnen atomfremden Elektrons mit einem einzelnen Proton vorzustellen ist, wird ihre kombinierte Energie in einem einzigen Strahlungsblitz oder Photon freigesetzt. Solche von der Sonne ausgeschleuderte Photonen müssen mit der kolossalen Energie ihrer äußerst kurzen Wellenlänge u. a. selbstverständlich auch die Erde treffen.

Zum besseren Verständnis der Sache sei hier ein Vergleich eingeführt. — In der Musik liegt ein Ton, der die halbe Wellenlänge eines anderen hat, um eine Oktave höher. Denselben Begriff kann man sehr gut auf alle Strahlungsprobleme anwenden. Das Licht am äußersten violetten Ende des Spektrums liegt genau um eine Oktave höher als das Licht am äußersten roten Ende. Photone (Strahlungsblitze) von gleicher Masse wie das Wasserstoffatom liegen 28 Oktaven höher als violettes, 29 Oktaven höher als rotes Licht. Je höher der „Strahlungston", desto tiefer dringt er in feste Materie ein. Seine kurze Welle schlängelt sich so schnell durch die „leeren" Zwischenräume der Materie, daß die Atome derselben sie nicht fassen und zum Stillstand bringen können. Dies trifft z. B. zu beim ultravioletten Licht und den Röntgenstrahlen, die 9 Oktaven über der „Tonhöhe" des gewöhnlichen Sonnenlichtes liegen. Die Photonen mit ihren 28½ Oktaven durchdringen Blei wie Tinte das Löschpapier.

Die sogenannte „kosmische Strahlung", die aus den tiefsten Tiefen des Weltraums auf die Erde fällt und mehrere Meter Blei wie nichts durchdringt, erweist sich nach Professor Millikan als Mischung aus mehreren Arten Strahlung von verschiedenen „Tonhöhen" und verschieden starker Durchschlagskraft. Ein hervorragender Bestandteil der Mischung liegt 28½ Oktaven über dem normalen Sonnenlicht, d. i. genau jene Höhe, die aus einer aus der Vernichtung von einem Proton und einem Elektron herrührenden Strahlung zu erwarten ist.

Die Menge dieser Vernichtungs-Strahlung auf die Erde ist sehr groß. Sie beträgt ein Zehntel der von allen Gestirnen empfangenen Gesamtstrahlung. Es ist daraus zu schließen, daß die Umformung von Materie in Strahlung im Weltall rasch fortschreitet. Das Gesetz der Erhaltung der Materie ist demnach null und nichtig. Die Erhaltung der Masse und der Energie wird identisch. Alle drei Gesetze reduzieren sich auf das eine von der Erhaltung der Energie.

Peinlich für uns Menschen ist, daß die gesamte Umwandlung nur in der einen Richtung — von fester Materie in unstoffliche Strahlung — erfolgt und niemals umgekehrt. Für immer gehen die greifbaren Veränderungen in die ungreifbaren über. Die Behauptung einiger Physiker, daß sich die in unserem Weltall freigesetzte Strahlung irgendwo in der unfaßbarsten Tiefe des Raumes wieder zu Materie verdichten könnte, ist nach dem Gesetz von „der Zunahme der Entropie" (d. i. die fortschreitende Wirkungsbehinderung der Kraft) unwahrscheinlich. Die Natur liebt keine Maschinerien, die ewig in Gang sind. Sie ist eine Gegnerin aller Perpetuums mobiles. Die Natur kennt nur Fortschritt oder Tod. Ist der Fortschritt zu Ende, gibt es nur den Stillstand und die Stille des Todes.

Vom Beweis der Hypothese, Strahlung sei Materie, die sich mit Lichtgeschwindigkeit bewegt, und Materie Strahlung, die sich mit geringerer Geschwindigkeit als die des Lichtes fortpflanzt, ist die Wissenschaft immerhin noch ziemlich weit entfernt.

Die moderne Physik hat das Weltall in Wellen und nichts als Wellen aufgelöst; und zwar in ihrer Bewegung gehemmte Wellen, die wir Materie nennen, und in nicht gehemmte Wellen, die wir Strahlen oder Licht nennen. Wird Materie vernichtet, durcheilt die bisher gehemmte Wellenenergie als Licht den Raum. Wir kommen also schließlich auf eine Welt potenziellen und wirklich vorhandenen Lichtes zurück, was von der Genesis in die einfachen Worte gefaßt wurde: Und Gott sprach: „Es werde Licht!" — Nur hat mit dieser Lichtwerdung auch gleichzeitig das Ende, mit der „Schöpfung" die „Vernichtung" begonnen.

Für das Einzelindividuum ist diese letzte Folgerung belanglos. Für den Menschen wird auch fürderhin Goethes Einsicht gelten, daß ein trüber Gast auf Erden sei, wer dieses „Stirb und werde!" nicht habe. In der Zeit sind Tod und Leben eins.

TARASSOFF RODIONOFF
SCHOKOLADE

Nach dem russischen Original ungekürzt und ohne Aenderungen übersetzt von Alexandra Ramm
Copyright by Franz Piemlert Berlin-Wilmersdorf

27. Fortsetzung

„Die Schokolade!" lächelt Schustry.

„Ja, die Schokolade. Sie erwies sich stärker . . . Daß Walz in Beziehungen zu Hekky stand, habe ich eben zum erstenmal gehört. Alles das mir plötzlich zu erklären, bin ich nicht imstande. Es ist wahr, daß Walz einmal meiner Frau in die Wohnung Strümpfe und Schokolade für die Kinder gebracht hat. Sie sagte der Frau, sie hätte als Artistin — sie war früher Ballerine — von diesem Luxus aus früheren Zeiten noch manches übrig behalten, und außerdem hätte ein früherer Kollege ihr aus der Front Schokolade gebracht. Ich muß offen sagen, daß ich diese Erklärung geglaubt habe. Wäre ich zugegen gewesen, als sie diese Sachen in meine Wohnung gebracht hat, so hätten wir sie sicher zurückgewiesen; meine Frau hat die Sachen jedoch, ohne sich dabei etwas zu denken, angenommen, und als sie es mir später erzählte, war es mir peinlich, die Sachen zurückzugeben. Ich wollte auch meine Frau nicht verletzen. Aus Dummheit habe ich das alles damals als Lappalie betrachtet. Daß Walz von Tschotkins zwanzig Pfund Gold erpreßt hat, höre ich jetzt ebenfalls zum erstenmal. Ich erinnere mich nur, daß sie besonders hartnäckig die Befreiung des Sohnes betrieb, so daß ich sogar mißtrauisch wurde, aber Tschotkin saß ganz ohne Grund, aus Versehen, er sollte schon längst entlassen werden, hätte aber noch endlos sitzen können infolge der Nachlässigkeit des plötzlich abgereisten Untersuchungsrichters, wenn nicht Walz zufällig seine Akten bei den bereits erledigten Sachen gefunden hätte."

„Also, Ihrer Meinung nach hat Walz die Bestechung berechtigterweise genommen?!" warf Schustry spöttisch ein.

„Lassen Sie das!" winkte Stepan mit der Hand ab.

„Auch habe ich niemals angeordnet, daß man ihr irgendein Duplikat aushändige. Mit einem Wort, der Verdacht, daß ich zu Hekky in irgendwelchen Beziehungen gestanden, daß ich von dem Golde gewußt, wie auch, daß ich überhaupt irgendwelche schmutzige Beziehungen zu Walz unterhalten habe, ist reiner zusammengetragener Unsinn. Eines Abends setzte sie sich wirklich zu mir aufs Sofa und begann von Liebe zu sprechen — ich war damals der Meinung, daß es aufrichtig war —, doch auch damals habe ich sie rechtzeitig zurückgewiesen. Wenn die alte Agafja wirklich gelauscht hat, muß sie es doch bestätigen können. Unsinnig sind auch die Beschuldigungen gegen mich in bezug auf Pawlow. Er kam mir immer als ein verdächtiges Subjekt vor. Ich habe davon auch mit Kazmann gesprochen, und wir haben beschlossen, ihn zu entlassen. Die Ereignisse haben mich aber dann so in Anspruch genommen, daß ich an ihn einfach nicht gedacht habe. Das ist alles. Genossen, es war schmerzlich, zu hören, in was sich das alles in der objektiven Rede des Genossen Juschanin verwandelt hat!

Auch betreffs der Orgien," fuhr er fort, „welche Orgien? Was für Orgien? Wenn man die konfiszierten Weine heranschleppt und sie bei uns unmerklich verschwinden, so ist es widerwärtig, und wenn Sie wollen, schändlich. Aber was hat das mit dem Märchen von Orgien zu tun, die Juschanin hier so pathetisch hervorgebracht hat. Ich bin doch immerhin Sudin und kein Budiker!"

„Um so schlimmer!" schrie Schustry aufspringend auf.

„Lassen Sie's sein!" winkte Stepan wieder ab.

„Noch unsinniger ist die Beschuldigung, daß ich absichtlich einen provokatorischen Terror ausgeübt habe, ich glaube, so hat Juschanin mein Verbrechen qualifiziert. Ich hätte aus Rache Hunderte unschuldiger Bürger wie ein Räuber erschossen?! Wie Sie wollen, Genossen, diese Beschuldigung geht über mein Verständnis. Vor allem war das kein persönlicher Beschluß von mir, sondern ein Beschluß des Kollegiums, an der betreffenden Sitzung nahmen Fomin und Ignatjew teil. Gewiß, ich habe auf der Erschießung bestanden, aber hat mir denn jemand ernstlich widersprochen?!"

„Sie haben alle terrorisiert," sagte Schustry.

„Oder fühlt sich jemand veranlaßt, aus Reue für begangene Sünden Rückzug zu blasen, und versucht seine Hände in Unschuld zu waschen und auf mich die ganze Verantwortung abzuwälzen?! So kann ja bald eine Zeit kommen, daß wir über unsere Genossen zu Gericht sitzen werden, weil sie unsere eigenen Direktiven und Bestimmungen energisch durchzuführen bemüht sind?! Aber ich fürchte mich vor der Verantwortung nicht, und wenn dieselbe Situation sich wiederholt hätte, würde ich genau so handeln, nicht anders."

„Natürlich ist das Unsinn!" brummt leise Stepan, und der erstarrte Tkatschejew erhebt die Augen zu Sudin.

„Ich habe vielleicht hundert Häftlinge umgebracht," Sudins Worte klingen wie Stahl, „ich habe nicht lange ihre Schuld untersucht. Gibt es denn überhaupt Schuld? Ist es die Schuld des Bürgers, daß er ein Bürger ist, und des Krokodils, daß es ein Krokodil ist?! Nehmen wir denn nicht in unsere Reihen Dutzende unserer früher erbittertsten Feinde aus dem Lager der Konterrevolutionäre auf, wenn es ihnen gelingt, durch die Macht der Ueberzeugung ihre Gefühle und Begriffe umzustellen, nehmen wir sie denn nicht gerne wie Brüder in den gemeinsamen Kampf auf, und setzen wir denn nicht andererseits hinter Gitter viele brave Kerle, die früher für die Revolution so manches getan haben und die jetzt noch in ihrer Art ihr ergeben sind, die aber aus Dummheit und Starrsinn und fehlendem Klassenbewußtsein sich uns als erbitterte Feinde entgegenstellen und die kapitalistische Avantgarde bilden?! Ist es etwa nicht so?!"

„Sie wollen wohl auch sich unter diese Rubrik bringen?" wieder spielt höhnisches Lächeln auf Schustrys Gesichtszügen.

„Nein, ich spreche davon, daß ich das Recht zu dieser Erschießung hatte, ohne die Schuld zu untersuchen. Für mich gibt es weder Schuld noch Unschuld in Ihrem spießbürgerlichen Sinne. Glauben Sie nur nicht, Genosse Juschanin, daß ich mich von Rachegefühlen gegen diese jämmerliche Meute unserer Feinde leiten ließ. Weniger als alles andere kann mich die Rache begeistern. Dieses lächerliche Vorurteil mag jenen ein Trost sein, die den Rand des Tisches verprügeln, an den sie sich gestoßen haben, oder gegen das Meer losgehen möchten, das den Kahn mit ihren Nächsten ertränkt hat. Rache ist leerer Selbstbetrug! Und doch habe ich, wenn Sie wollen, Unschuldige erschossen!"

„Eine ungeheuerliche Logik!" bewegte sich Schustry.

Tkatschejew belebte sich wieder und sah Sudin direkt in die Augen, während Schtscheglow mit rotem Gesicht ihm in den geöffneten Mund starrte, nur Stepan fuhr fort, gutmütig mit dem Bleistift auf dem Papier zu kritzeln.

Stärkt unsere Presse!
Kauft Gutscheine!

Hungeroffensive der Erzgebirgsunternehmer

Die Arbeiter des sächsischen Erzgebirges sind die elendesten in ganz Deutschland. Man muß die Ruinen von Hütten gesehen haben, in denen sie wohnen, man muß beobachtet haben, wie erbärmlich sie vegetieren — denn leben kann man da nicht mehr sagen. Nun sind die Unternehmer der Erzgebirgsindustrie dieser Tage in Annaberg zusammengewesen und die Forderungen, die sie an die Reichsregierung stellen, kommen Erpressungen gleich. Wenn nicht sofort die Steuern, die Soziallasten und die Löhne abgebaut würden, „würden die Betriebe von Ort zu Ort die schwarzen Fahnen hissen und zum Erliegen kommen". Für die Inhaber der stillgelegten Betriebe fordern die Unternehmer eine Staatsrente.

Für die Unternehmer, die am Ende sind, eine Staatsrente, für die Arbeiter, die jetzt schon im Erzgebirge am Hungertuche nagen, abermals abgebaute Löhne — wer zweifelt daran, daß diese Forderungen bei der Lohnabbauregierung nur allzu willige Ohren finden werden?

Bremen

Unterschlagungen bei der Sparkasse. Am Sonntag förderte eine unvermutete Revision der Kasse der Sparkasse in Bremen Unterschlagungen des seit dem Jahre 1916 bei der Kasse tätigen Kassierers Meyer zutage, die sich nach den bisherigen Feststellungen auf rund 100 000 RM. belaufen. Als Beamte in die Wohnung des Kassierers kamen, war diese bereits leer und Meyer geflüchtet. Inzwischen hat er durch Mittelspersonen und Mitteilung an die Polizei die Sparkassenleitung wissen lassen, daß er bereit sei, die Ursache dieser Verfehlungen aufzuklären, so daß anzunehmen ist, daß sich Meyer der Polizei stellen wird.

Hamburg

Männer machen die Geschichte . . . sagt die SPD. Am 17. April hatte in Hamburg die Wahlarbeit der „Eisernen Front" mit einer großen Demonstration ihren Höhepunkt erreicht. „Stolz in der Brust, siegesbewußt" feierte die Eiserne unter den Klängen der Reichsbannerkapellen die Kapitulation Höltermanns vor Groener. Die Parolen waren auf die Parole: „Staat, greif zu!" eingestellt. Das Geistreichste, was die pseudomarxistische Parteileitung ihren Demonstranten an gedruckten Leitsätzen mit auf den Weg durch die Stadt gab, war sicher die schöne Parole: „Wählt Männer in die Bürgerschaft, keine Hampelmänner". Das ist wirklich eine fabelhafte „marxistische" Neu-Interpretation des Rufes nach dem starken Mann. Eine hamburgische Ausgabe der preußischen Severing-Braun-Bollwerktheorie. Ist schon für Preußen die Bollwerkparole eine schamlose Demagogie, für die hamburgische Bürgerschaftswahl könnte man den Ruf nach „Männern" nur als bissige Selbstironie betrachten, wenn nicht skrupelloser Dummenfang und demagogisches Ablenkungsmanöver dahinter ständen. Die „starken Männer" der SPD in Preußen sind Severing und Braun, im Reich war es ja Hindenburg, und in Hamburg sind es . . .? Wir schlagen dem heute noch bestehenden Koalitions-Diktatursenat vor, als letzte Großtat sofort sämtlichen Professoren der hamburgischen Universität die Preisfrage zu stellen, wo in der SPD-Fraktion die starken Männer sitzen. Doch im Ernst: hat es je eine Parlamentsfraktion gegeben, die sich so — im Reich, in Preußen ebenso wie in Hamburg — am Gängelband der Bourgeoisie hat führen lassen, wie die der SPD? Hat je eine Politik, wie es die des „kleineren Uebels" ist, eine Fraktion mehr — um nun einmal in der SPD-Terminologie zu reden — zu „Hampelmännern" erniedrigt? Kann man sich eine gröblichere Verleugnung des ersten Grundsatzes des historischen Materialismus, eine gründlichere Abkehr von der Ideenwelt des Marxismus, einen schlimmeren parlamentarischen Kretinismus denken, als diesen Ruf nach „Männern" für das Parlament Hamburgs? Proleten, lauft nicht mehr diesen Auch-Marxisten nach! Besinnt euch auf eure eigene Kraft! Macht Schluß mit den Staatssozialisten, bekennt euch zur Parole der roten Klassenfront: Prolet, greif zu! Wählt in Hamburg am 24. April SAP, Liste 11!

Elmshorn

In der öffentlichen KPD-Versammlung sprach der Bezirksleiter der KPD, Schubert-Hamburg. Er verstand es absolut nicht, die Zuhörer mit seinen Worten zu fesseln. In der Diskussion sprach unser Genosse E. Streber-Hamburg. Durch seine klaren, eindeutigen und sachlichen Ausführungen hatte er ohne Zweifel auf die Versammlungsteilnehmer einen guten Eindruck gemacht. Das war dem Versammlungsleiter und Schubert zu viel. In ihren Schlußausführungen ließen die Redner an der SAP kein gutes Haar. Sie sprachen von Verbrechern. Schubert bezeichnete die SAP als die „linkeste Filiale des Faschismus". In Zukunft würden in seinen Versammlungen keine Renegaten wieder zu Worte kommen. Ist das Arbeiterdemokratie, Schubert? Fürchtet die KPD die Wahrheit?

Stralsund

Ein Täuschungsmanöver wird vorbereitet. Der Weltfeiertag des internationalen Proletariats soll zu einem Propagandatag der „Eisernen Front" gemacht werden. Es wird bereits angekündigt, daß auch die „Maifeier-Kampfschrift", welche bisher bei der Maifeier vertrieben wurde, in dieser Weise ausgestaltet werden soll. Der 1. Mai 1932 darf nicht durch ein derartiges Manöver seines bisherigen Charakters entkleidet werden. Alle klassenbewußten Gewerkschaftler haben schon heute die Pflicht, in diesem Sinne Aufklärungsarbeit zu leisten und dafür zu werben, daß diese Absicht nicht Tatsache wird. In allen Versammlungen der Gewerkschaften und sonstigen Arbeiterorganisationen müssen unsere Genossen sofort Aufklärung verlangen. Durch das beabsichtigte Manöver wird eine unnötige Schwächung der Mai-Demonstrationen zum Schaden der Arbeiterschaft hervorgerufen. Deshalb müssen wir uns dieser Absicht mit aller Energie widersetzen. Es muß schon heute mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden, daß eine Teilnahme der klassenbewußten Arbeiterschaft an einer Mai-Demonstration der „Eisernen Front" unter keinen Umständen in Frage kommen kann. Wir revolutionär-sozialistischen Arbeiter haben in dieser Front nichts zu suchen und werden uns auch unter keinen Umständen in diese Front einreihen lassen. Wir wollen die wahre, die rote Einheitsfront der ganzen Arbeiterschaft.

Wenn das Gesäß denkt . . .

Aus einem Plauener Panoptikum

Man hält sie, wenn sie schweigen, für Gelehrte,
Nur ist das Schweigen gar nicht ihre Art.

Erich Kästner.

Wenn sie doch syhwiegen, die beamteten und pensionsberechtigten Funktionäre der Plauener Gewerkschaften — der Dienst, den sie damit der Arbeiterklasse erweisen würden, wäre unschätzbar. So aber, da bei ihnen in aufopfernder Sitzarbeit abwechselnd in den Büros und am runden Tisch des Gewerkschaftshauses der dabei am meisten beanspruchte Körperteil eine gewisse Eigengesetzlichkeit und ein bedenkliches Uebergewicht über das normale geistige Zentrum bekommen hat und so anfängt, die Mentalität seiner Träger entscheidend zu beeinflussen, würdigen diese „Führer" der Plauener Arbeiterschaft den Ortsausschuß des ADGB zu einem politischen Panoptikum herab. Von der Berliner Schreckenskammer unterscheidet sich dieses Wachsfigurenkabinett entscheidend dadurch, daß die Existenz und die Tätigkeit der SAPD vermocht haben, das im genannten Körperpol besagter Funktionäre eingebaute Trägheitsprinzip entscheidend zum Ausschlagen zu bringen. Und nun agieren sie, fuchteln sie, reden sie und das, was dabei herauskommt, ist beschämend für den Zustand, in dem sich die deutsche Arbeiterbewegung im allgemeinen und die Plauener im besonderen befindet.

Vorhang hoch, die erste Abteilung unseres Wachsfigurenkabinetts:

Da ist Karl Probst, Vorsitzender des Ortsausschusses, gleichzeitig aber auch sein Sekretär, ein tüchtiger Sozialdemokrat, was er dadurch bewies, daß er zur letzten Landtagswahl die SPD-Werbeplakate hinter dem Heizofen des Gewerkschaftshauses gut verstaute und sich jahrelang weigerte, die von ihm pflichtgemäß zu zahlenden Extrabeiträge an die Partei zu entrichten. Für diese besonderen Verdienste am Proletariat wurde er zum Gesellschafter der Volkszeitung ernannt. Wenn der Ortsausschuß ihn eines Tages in den wohlverdienten Ruhestand versetzen wird, wird die offizielle Mitteilung folgendermaßen aussehen:

An Herrn Karl Probst, Sekretär.

Werter Kollege! Hierdurch teilen wir Ihnen mit, daß wir Sie ab soundsovielten in den wohlverdienten Ruhestand versetzen.

Mit kollegialem Gruß

Ortsausschuß des ADGB.

I. A.: Karl Probst, Vorsitzender.

Kindern, die im Religionsunterricht nicht begreifen, daß Gott zwar aus drei Personen besteht, aber doch nur ein Gott sei, sollte man mit vorstehendem Beispiel helfend zur Seite springen: das göttliche Dreieinigkeitsprinzip kehrt hier in geradezu rührender Popularisierung als Zweieinigkeitsprinzip wieder. Diese in vielen Kämpfen erprobte Wachsfigur, die niemals in ihrem geraden Kurs schwankte, es sei denn unter dem Eindruck gewisser Getränke, fühlte sich berufen, in der letzten Ortsausschußsitzung den Kampf gegen den bereits durch die Volkszeitung unzählige Male getöteten Leichnam der SAP zu eröffnen:

„RGO und SAP bereiten den Nazis den Boden. Aus RGO- und SAP-Hochburgen werden Hochburgen der Nationalsozialisten. Die SAP hat es in den Gewerkschaften noch schlimmer getrieben als die KPD mit ihrer RGO. Ihre revolutionäre Tat bestand nur in wüster Schimpferei über Bonzen und Bonzengehälter — solange man selbst noch keiner ist. Die SAP versucht, die Gewerkschaften zu sprengen."

Hand in Hand mit dieser wüsten Hetzerei gehen bereits ziemlich handfeste Gerüchte, daß man die „oberen" Instanzen zu Ausschlüssen von prominenten Gewerkschaftsfunktionären der SAP anfeuern möchte. Es ist ein frevelhaftes Spiel, das die Trägheitsfanatiker hier treiben . . .

Wo Karl haßt, kann Fritz Kämpfer, die nächste Nummer des Wachsfigurenkabinetts, keine katholischen Rosenkränze beten. Er hat das geistreiche Wort geprägt, daß die „SAP eine politische Hure" sei. Ernst Thälmann figuriert in diesem Bild als Zuhälter. Die Pressefreiheit der „freiesten Republik" gestattet nicht, in diesem Zusammenhang zu untersuchen, wessen Hure da die SPD ist, wenn man in diesem Bild bleiben will. Vielleicht kommt das Plauener Hindenburg-Blatt dahinter. Daß der „irregeführte SAP-Arbeiter politischen Schauspielern nachlaufe", ist die neueste Erkenntnis Fritz Kämpfers. Dem Mann scheint noch keine Photographie Paul Löbes zu Gesicht gekommen zu sein!

Nun löste sich die Starrheit aus den Zügen der nächsten Wachsfigur: Albert Kretzschmar, Angestellter des Metallarbeiterverbandes, in seinem Verband alles andere als ein mutiger Kämpfer gegen die SAP-Opposition, erklärte, daß „revolutionäre Betriebsräte intellektuelle Trottel" seien. Der Haß des ehemals radikalen USP-Mannes gegen alle Intellektuellen und Akademiker ist berühmt, seine ätzenden und vergifteten Pfeile, die er gegen Paul Levi schoß, sind in der Plauener Arbeiterschaft unvergessen, von seiner „sachlichen Kampfesweise" kann Fritz Bieligk in Leipzig ein bewegliches Lied singen, sein Idealismus ist dadurch genügend gekennzeichnet, daß er erst dann seine Extrabeiträge an die Partei bezahlte, als der Verlust seines Stadtverordnetenmandates drohte.

Und nun zeigen wir die Glanznummer unseres Panoptikums, Fritz Remde, den Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes. Ein Zitat aus seiner Rede genügt:

„Wenn man zu den Kommunisten noch Klassengenosse sagen soll, kann man auch zu den Nazis Klassengenossen sagen. Ich werde mich jedenfalls nicht scheuen, Nazis in den Holzarbeiterverband aufzunehmen, soweit sie sich dazu bereit finden."

Der Mann paßt zu Groener wie ein Filzpantoffel zum anderen: Jener öffnete den Nazis die Reichswehr, um so die Faschisierung der Reichswehr zu ermöglichen, Fritz Remde öffnet ihnen die Gewerkschaften, um diese, die schon halb zu Organen des kapitalistischen Staates umgebaut sind, zu Organen des faschistischen Staates zu machen.

Die Arbeiterschaft möge über diese Herrschaften ihr Urteil sprechen, das hoffentlich so drastisch ausfällt wie bei Erich Kästner:

„Wenn sie eines Tag's verrecken,
stopft sie aus und weckt sie ein,
Tiere kann man damit necken,
Kinder kann man damit schrecken,
aber euch? Ich hoffe: Nein!

Dresden

Die größte öffentliche Jugendversammlung, die Dresden in den letzten Monaten gesehen hat, wurde die Auseinandersetzung mit dem KJV, die der SJV unter dem Titel: „KJV greift an, SJV antwortet" durchführte. Alle „Argumente", die von der Leitung des Kommunistischen Jugendverbandes gegen das anständige Angebot des SJV vorgebracht waren und die einem Angriff auf den SJV und der Entlarvung seiner verräterischen Rolle dienen sollten, waren nichts als demagogisch zusammenhanglos zusammengestellte Aussprüche einzelner SJV-Genossen oder waren bewußte Lügen. So wurde das Referat des Genossen Liebermann eine vernichtende Abrechnung mit solchen unproletarischen Methoden und eine unwiderlegbare Beweisführung, daß durch das völlige Versagen des KJV nur der SJV als revolutionäre Organisation des Jungproletariats in Frage kommt. Obwohl dem Redner des KJV 45 Minuten Redezeit zugestanden waren, unternahm er weder einen Versuch, zu beweisen, daß der SJV sich in der Front der sozialfaschistischen Streikbrecher befände, was doch so groß und breit in dem offenen Antwortbrief ausgeführt war, noch betrafen die Ausführungen, die er über die nationalistische Rolle der SAJ machte, überhaupt den SJV. Muß es schon schlecht stehen, um den KJV, wenn er bei seinen Angriffen teilweise gefälschtes Material verwendet — so die Lüge von unserer Freundschaft zur II. Internationale —, so offenbarte sich die Hilflosigkeit des KJV deutlich in dieser Versammlung. Von einem Angriff des KJV war gar keine Rede mehr. Die Antwort des SJV wurde zum Angriff, auf gemeine Verleumdungen und Sabotage der Einheitsfront durch die KJV-Leitung hat der SJV unmehr seinerseits die Offensive eröffnet. Durch Angst und Hilflosigkeit der KJV-Führung ist eine gemeinsame Vorabenddemonstration vor dem 1. Mai verhindert worden. Wir marschieren trotzdem, und wir werden hierbei erneut unter Beweis stellen können, daß die größte und führende Organisation der Jugend in Dresden der SJV ist!

Opernhaus: Dienstag (19.30) Eugen Onegin. — Mittwoch (19.30) Don Carlos. — Donnerstag (20) Dagmar. — Freitag (19.30) Don Carlos. — Sonnabend (19.30) Der Barbier von Sevilla; Die Puppenfee. — Sonntag (18) Lohengrin. — Montag (20) Gasparone.

Schauspielhaus: Dienstag (20) Der Glückskandidat. — Mittwoch (20) Die göttliche Jette. — Donnerstag (19.30) Götz von Berlichingen. — Freitag (20) Einen Jux will er sich machen. — Sonnabend (19.30) Götz von Berlichingen. — Sonntag (19.30) Die göttliche Jette. — Montag (20) Was ihr wollt.

Albertheater: Dienstag (20) Gastspiel „Truppe 1931": Die Mausefalle. — Mittwoch (20) Der rasende Sperling. — Donnerstag (20) Der rasende Sperling. — Freitag (20) Der rasende Sperling. — Sonnabend (20) Der rasende Sperling. — Sonntag (20) Der rasende Sperling. — Montag (20) Der rasende Sperling.

Die Komödie: Gastspiel Otto Gebühr. Dienstag (20.15) Die Ballerina des Königs. — Mittwoch (20.15) Die Ballerina des Königs. — Donnerstag (20.15) Die Ballerina des Königs. — Freitag (20.15) Die Ballerina des Königs. — Sonnabend (20.15) Die Ballerina des Königs. — Sonntag (20.15) Die Ballerina des Königs. — Montag (20.15) Die Ballerina des Königs.

Residenztheater: Dienstag bis Montag (20) Otto in Nöten.

Zentraltheater: Gastspiel Jelly Stuffel. Dienstag (20) Das Lied der Liebe. — Mittwoch (20) Das Lied der Liebe. — Donnerstag (20) Das Lied der Liebe. — Gastspiel Serge Abranovic. Freitag (20) Das Land des Lächelns. — Sonnabend (20) Das Land des Lächelns. — Sonntag (16.30) Im weißen Rößl. (20) Das Land des Lächelns. — Montag (20) Das Land des Lächelns.

Zeitz

Etat-Beratungen. Unser neuer deutschnationaler Ober versuchte am ersten Tage mit lieblichen Worten den Etat-Voranschlag schmackhaft zu machen. Mit Ausnahme unseres entschuldigten Genossen Agricola waren alle Stadtverordneten erschienen. Auch als Fachmann war es dem Ober nicht möglich, das ungedeckte Defizit auf ein Minimum zu beschränken. Der Fehlbetrag der Vorjahre beträgt 650 000 M., dazu im neuen Etat, einschließlich der angenommenen Anträge 1 Million Mark. Am Wohlfahrtsetat und bei den Löhnen der städtischen Arbeiter wird am meisten gespart. Der ungedeckte Betrag geht mit „Berechnung" zu Lasten der Wohlfahrtskasse. Die Eröffnungsworte des Oberbürgermeisters ließen erkennen, daß Sparmaßnahmen vor allen Dingen erst bei den Stellen einsetzen, wo sowieso kein Geld ist. Ein SPD-Antrag (10 Prozent Senkung der Strompreise) wird angenommen. KPD-Antrag verlangt 3 KwStd für jeden Erwerbslosen frei und eine 20proz. Senkung. Abgelehnt. Ein SPD-Antrag, der 10 proz. Senkung und 50 proz. Grundgebühr bei erwerbslosen Gasverbrauchern verlangt, wird angenommen. Abgelehnt wurde der KPD-Antrag, die Löhne der städtischen Arbeiter auf den Stand des Vorjahres zu erhöhen. Goldstein, SPD, spricht dagegen. Abgelehnt wurde der SPD-Antrag, die bisherige Schulpflegerinnenstelle erneut zu besetzen. Im Wohlfahrtsetat fanden folgende Anträge Annahme. SPD-Antrag: 20 000 M. für Weihnachtsbeihilfen. SPD-Antrag: 16 000 M. statt 10 000 M. für die Kriegsbeschädigten. — Die Richtsätze für Klein- und Sozialrentner von 1931 sollen bestehen bleiben. — Witwenrente, die durch Notverordnung entzogen wurde, soll durch Unterstützung in der gehobenen Fürsorge ersetzt werden. — Wohlfahrtserwerbslose haben nach Arbeitsantritt eine Schonfrist von 8 (led.) und 13 (verh.) Wochen bezüglich der Rückzahlungen. Die zusätzlichen Unterstützungen dürfen nicht gestrichen werden. — Die Bedarfssätze betragen für den Ehemann 12 M. und für die Ehefrau 12 M., für Schulentlassene 8 M., für Kinder unter 14 Jahren 4 M. Die Anträge fanden Annahme mit den Stimmen der SPD, KPD, Pfannenschmidt (Gemeinwohlliste) und Liebmann (Nazi-Oppos.) Alle weitergehenden KPD-Anträge wurden abgelehnt. Die Nazis beantragten Streichung der Mittel für die weltliche Schule. Der Antrag wird abgelehnt, ein Antrag auf Lernmittelfreiheit dagegen angenommen.

Plauen

Die letzte Parteiversammlung der SAP am vergangenen Freitag war wieder sehr gut besucht. Genosse Melcher-Dresden ging in seinem Referat der Illusionen der Eisernen Front, daß mit der Hindenburg-Wahl der Faschismus besiegt war, mit glänzendem Material zu Leibe. An das Referat und die Diskussion schloß sich eine lebhafte Aussprache über die Frage des 1. Mai, an dem die SAP eine eigene Abendveranstaltung in der „Freundschaft" abhält. Genosse Hacke sprach kurz über den Volksentscheid und über die neueste Bombe der Volkszeitung gegen die SAP, wobei als bemerkenswert festgestellt sei, daß die Hintermänner der Volkszeitung selbst vor Handlungen mit kriminellem Beigeschmack nicht zurückschrecken, wenn es gilt, eine Niederträchtigkeit gegen die SAP in Szene zu setzen. Es ist immerhin bemerkenswert, daß die „mausetote" SAP dort drüben noch so viel Beachtung findet. Die Genossen und Genossinnen der SAP werden dafür sorgen, daß das Hindenburgorgan nicht zur Ruhe kommt.

Organisationsnachrichten

SAP Hamburg: Partei, Schutzbund, SJV Antreten zur Demonstration Dienstag, 19. April, 19.10 Uhr, im Volksheim, Sachsenstraße.

Velgast

Eine unerhörte Zumutung an die Erwerbslosen leistet sich wieder einmal das Arbeitsamt Stralsund. Die hiesige Nebenstelle soll infolge Sparmaßnahmen aufgehoben werden. Dadurch werden die Erwerbslosen wieder gezwungen, zweimal in der Woche nach Barth zum Stempeln zu fahren. Den Erwerbslosen entsteht durch diese Maßnahme eine Sonderausgabe an Fahrgeld in Höhe von 2 Mark wöchentlich. Es zeigt sich immer wieder, daß das Sparen immer bei den Aermsten beginnt, die kaum noch soviel bekommen, daß sie das Leben noch fristen können. Hier fände sich wieder eine gute Gelegenheit für den SPD-Reichstagsabgeordneten Streufert-Stralsund, sich im Interesse der Erwerbslosen zu betätigen, denn er ist doch am gleichen Arbeitsamt als Abteilungsleiter beschäftigt. Wir fordern im Interesse der Arbeitslosen, daß diese Nebenstelle erhalten bleibt. Arbeiter, die ihr durch die Wirtschaftskrise aus dem Arbeitsprozeß ausgeschaltet worden seid, erhebt gegen diese Maßnahme des Arbeitsamtes schärfsten Protest, und reiht euch in die Kampffront der revolutionären Arbeiterschaft ein, werdet Mitkämpfer in der Sozialistischen Arbeiter-Partei. Wählt die Liste 18, Seydewitz-Binder-Behrendt, am 24. April.

Sportschau der SAZ

Was der Sonntag brachte

Nürnberg-Ost Süddeutscher Fußballverbandsmeister.

Württembergs Meister Neckargartach 8:0 (4:0) geschlagen.

Das Spiel hatte zu einem Großkampf werden können, wenn Neckargartach in der zweiten Halbzeit mit seinen Leistungen nicht gar zu sehr nachgelassen hätte. Der nordbayerische Meister befand sich in großer Form und seine Torerfolge waren selbstverständliche Abschlüsse wohlüberlegter und genau durchgeführter Angriffe. In dieser Verfassung hat Nürnberg-Ost wieder die besten Aussichten, Bundesmeister zu werden. Nürnberg-Ost war 1930 Bundesmeister. 1931 war es Lorbeer Hamburg.

Wasserball Halle-Jena-Leipzig-Erfurt.

Die beim ersten Hallenschwimmfest der Freien Schwimmer und Kanufahrer Halle stattgefundenen Stadtwasserballspiele nahmen den erhofften außerordentlich spannenden Verlauf. Es spielten Halle-Jena 8:6 (3:2), Leipzig-Erfurt 6:5 (2:2).

Erste Vorentscheidung um die Bundesfußballmeisterschaft.

Cottbus 93 V.f.K. Leipzig-Südwest 4:3 (2:1).

Der in seinen Gesamtleistungen bessere Mitteldeutsche Meister Leipzig verlor. Der ostdeutsche Meister Cottbus war mit großem Eifer bei der Sache und führte bald nach Halbzeit mit 3:1. Leipzig hatte die sichere Gelegenheit durch einen Elfmeter ein unentschiedenes Ergebnis und dadurch eine Spielverlängerung herauszuholen, vermochte aber nicht den Elfmeter zu verwandeln. Das Spiel hatte 5000 begeisterte Zuschauer.

Mitteldeutsche Boxermeisterschaft.

Um die Mitteldeutsche Verbandsmeisterschaft des Arbeiter-Athletenbundes im Mannschaftsboxen kämpften in Gera der thüringische Meister Vorwärts-Gera und der anhaltische Meister „Gut Kraft" Bernburg 8:8. Auf Grund der kürzeren Zeit, die die Gerner Boxer zu ihren Siegen brauchten, ist Gera Verbandsmeister geworden.

Süddeutsche Ringermeisterschaft.

Der mehrmalige Bundesmeister des Arbeiter-Athletenbundes Fürth gewann die Landesverbandsmeisterschaft im Mannschaftsringen durch ein 17:11 Punktergebnis (9:5), (8:6) über den württembergischen Meister Cheruskia Stuttgart.

Vorturnerprüfungen.

Im ganzen Reich fanden heute die Vorturnerprüfungen im Arbeiter-Turn- und Sportbund statt. Aus dem Berliner Kreis liegen die Ergebnisse aus zwei Bezirken vor. So bestanden im 1. Bezirk 16 das Männer- und 14 das Frauenturnen. Im 2. Bezirk bestanden 18 das Männer-, 12 das Frauen- und 12 das Kinderturnen.

Um die Handballkreismeisterschaften

Im ersten Spiel um die thüringische Meisterschaft blieb in der Landesgruppe Ost Gera-Zwötzen über Zeitz Rasberg mit 5:4 (2:2) Sieger.

Die letzten Vorentscheidungen um die Sachsenmeisterschaft fielen am Sonntag Dresden-Coschütz gegen Freital-Niederhäßlich nach Spielverlängerung 4:3. Am Schluß der regulären Spielzeit 3:3 (0:1). Das Glück entschied. Eiche-Süd-Plauen schlug Chemnitz-Nord durch besseres Stellungsspiel und sehr gute Ballbehandlung mit 11:2 (4:1). Die zwei Sieger und Leipzig-Paunsdorf sind nun die Endspielgegner.

Im ersten Spiel um die badisch-pfälzische Meisterschaft schlug der süddeutsche Verbandsmeister Pfeddersheim seinen Gegner Kaiserslautern mit 9:0 (6:0).

In Nordbayern stand der Sieg des Kreismeisters Nürnberg-West über Arb.-Turnverein Regensburg nie in Frage. Ergebnis 15:3 (8:1). West ist dadurch Schlußspielgegner. Die Entscheidung um den anderen Schlußspielgegner fällt zwischen Schweinfurt und Wunsiedel.

In Rheinland-Westfalen fielen die letzten Entscheidungen um die noch offenstehenden Landesgruppenmeisterschaften. Schwarz-Gelb Düsseldorf gewann über Borussia-Köln mit 14:2 (6:1) und überraschenderweise Herne 7 über Freie Schwimmer-Dortmund mit 5:2 (1:1). Die Sieger trafen mit Elberfeld-Uellendahl und Hamborn-Schmidhorst die Endspiele um die Landesmeisterschaft aus.

Den Titel pommerscher Meister errang Neustettin durch einen 6:2-(3:0)-Sieg über Barth. Bis kurz vor Schluß hatte Barth noch Aussichten, die Niederlage abzuwenden. Anstatt eines Endspurtes, zeigte sich aber ein starkes Nachlassen in den Leistungen. Die größere Schnelligkeit der Neustettiner gab den Ausschlag zum Sieg.

Hessen-Mittelrhein-Meister wurde Frankfurt-Bockenheim durch einen 3:2-Sieg über Oberroden.

In der schlesischen Zwischenrunde spielten der Landesmeister VfL. Görlitz—Grünberg 11:5 (5:4) und Freie Turnerschaft Breslau VI. Abteilung gegen Freie Schwimmer Waldenburg 5:4 (3:1).

In der nordwestdeutschen Vorrunde gab es zwei Spielverlängerungen: Bielefeld-Sudbrack gegen Hausberge 5:4 (4:4, 2:1), Rüstringen—Bremerhaven 93 4:3 (3:3, 2:2). Hannover-Hainholz siegte über Hildesheim-Moritzberg erwartungsgemäß 11:1 (2:0).

Im Auftakt um die württembergische Meisterschaft siegte der Altmeister Schwenningen über Holzheim 6:2 und Untertürkheim über Nellingen mit 6:4.

Die ersten Spiele um die mitteldeutsche Meisterschaft (Provinz Sachsen-Anhalt, Braunschweig) brachten zum Teil sehr hohe Siege: Leopoldshall—Thale 19:2, Fichte-Halle—Holzweißig 13:3, Magdeburg-Fermersleben—Lehndorf b. Braunschweig 13:8.

Der Kreismeister geschlagen!

Berliner Fußballspiele vom Sonntag

Im wichtigsten Spiel des Sonntags unterlag Eintracht Reinickendorf gegen Adler 08 2:6 (0:1). Die Niederlage war verdient. Die Eintrachtleute kamen garnicht in Fahrt. Schon nach 6 Minuten hieß es 2:0 für die Adler. Das Spiel ist keines weiteren Berichtes wert. Eintracht hat einen Stamm sportlicher verläßlicher Spieler. Das soll man anerkennen. Einige aber glauben durch dauerndes Anpöbeln des Schiedsrichters, der eigenen Spieler und der Zuschauer das Spiel zu fördern. Dazu gehört vor allem Dorfer, der einen unwürdigen Ton auf das Spielfeld trug. Das Spiel konnte nicht gleich angepfiffen werden, weil der Kreismeister nicht rechtzeitig Linienrichter zur Stelle hatte. Von diesen verließ einer das Spielfeld, weil nach seiner Ansicht ein Ball noch nicht aus war, bei dem der Unparteiische Einwurf gab, der andere reklamierte dauernd Abseits, wenn der RA in Abseitsstellung war, der LA aber den Ball hatte. Riedel nennt das in unserm Regelheft: „Schildbürgerstreich". Was Spieler und Vereinsfanatiker hinter den Linien nicht abhielt, den Schiedsrichter „anzumeckern".

Ro.

Nord—BSV. 31 12:1 (6:1).

Der Bundesneuling Nord zeigte in diesem Spiel seine technische Ueberlegenheit. In den ersten 15 Minuten konnte BSV. noch das Spiel offen gestalten. Dann ließen die Kräfte nach, und Nord erzielte in gleichen Abständen seine Tore. Wenn das Spiel auch kaum einen Rückschluß auf die Spielstärken zuläßt, so kann man immerhin damit rechnen, daß der Exerverein entscheidend in die Meisterschaft des 2. Bezirks eingreifen wird.

Wie schon im Hauptspiel, so brachte dieser Sonntag noch weitere Ueberraschungen. Der Meister der alten Bezirksklasse im 3. Bezirk, Hansa 31, war schneller und hatte die bessere Laufferreihe, so daß Pankow in einem flotten schönen Spiel 3:5 unterlag.

Minerva 28, der Neuköllner Favorit, fuhr mit Ersatz nach Teltow und begrub vorerst die Hoffnungen seiner Freunde mit 2:6.

Eintracht-Spandau hielt mit Mühe Staaken 2:1 nieder. Normania befestigte ihren Ruf durch einen klaren 5:0-Sieg über Wacker 30 (2:0). Der vorjährige ostdeutsche Meister, Luckenwalde 1, mußte sich in Wilmersdorf mit einem Punkt zufrieden geben (2:2 + 2:1).

Weitere Ergebnisse: Saxonia II Wansdorf I 7:1; Saxonia III Weißensee II 0:3; Friedenau ZdA. II 0:0; Butab Vorwärts Wdg. 3:3; Weißensee Saxonia 5:0; Teltow II Minerva II 3:1 (2:1); Hansa II - Pankow II 0:2 (0:1); Hansa III Pankow III 3:0 (2:0); Adler II Eintracht II 5:1; Adler III BSV. 31 II 6:1; Staaken II Eintracht Sp. 2:1 (0:0); Lichtenberg I—Lichtenberg II 4:1; Lichtenberg I. 2 Lichtenberg II. 2 0:1; Normania II Wacker 30 II 7:0; Luckenwalde I. 2 Wilmersdorf II 2:3 (0:1); Butab II. Vorwärts-Wdg. III 8:1; Butab III Potsdam III 0:1. — Jugend: Lichtenberg I Normania 2:2 (1:1); Nowawes Staaken 4:1 (1:0); Teltow Hansa 31 2:0 (0:0). — Schüler: Adler 08—Cuputh 5:0; Hansa 31 Zossen 2:0 (1:0).

Kampfvoller Verlauf Eichwalde — Deutsch-Wusterhausen

ASC. siegt nach wechselvollem Kampf

Unter besonders günstigen Witterungsverhältnissen wurde am vergangenen Sonntag der traditionelle Straßenlauf Eichwalde—Deutsch-Wusterhausen des ersten Kreises unter großer Anteilnahme der Zuschauer durchgeführt. Die Vorverlegung durch die Preußenwahl am 24. 4. 1932 veranlaßte leider einige Vereine dem Start fernzubleiben, da sie offenbar Pflichtspiele zu absolvieren hatten. Man kann Spiele leichter verlegen, was man auch in diesem Falle hatte tun sollen. Ein Straßenlauf kann eine werbende Durchschlagkraft nur haben, wenn alles verfügbare Läufermaterial auf dem Plan erscheint. Das sportliche Bild war daher nicht gerade anregend, dagegen war die Anziehungskraft auf die Ortsbewohner in den einzelnen Ortschaften teilweise so stark, daß Absperrungen vorgenommen werden mußten.

Der Verlauf des Rennens war an Positionskämpfen besonders reich. Während vom Start weg der ASC die Spitze übernehmen konnte, traten schon bei den nächsten Läufern wesentliche Veränderungen ein, allerdings haben die B-Vereine in der Einteilung der Strecke doch nicht die genügende Berechnung obwalten lassen, was sich zum Schluß sehr fühlbar bemerkbar machte. Lediglich ASC und Ostring und die später sehr stark aufkommenden Moabiter bewiesen ihr großes Können durch geschickte Einteilung der einzelnen Strecke.

Der letzte Wechsel sah Ostring mit 10 Metern vor ASC., aber dann änderte sich das Bild und mit zirka 15 Meter Vorsprung erreichte ASC. nach scharfem Endkampf als erster das Ziel.

Es ist eine lästige und vor allen Dingen gefahrbringende Unsitte wenn sich Mannschaften zur Unterstützung des Läufers 3—4 Motorradfahrer bedienen. Man sollte das unterlassen, denn derartiges wirkt erstens auf die Zuschauer nicht gerade sportlich verheißungsvoll und außerdem darf man dem Läufer, der eine schwierige Strecke zu durchlaufen hat, nicht noch zumuten, den Gestank der Maschinen einzuatmen.

Zum Schluß meldete man noch, daß bezeichnenderweise Ostring durch Aufstellen eines unberechtigten Läufers distanziert wurde, wodurch Moabit an die zweite Stelle aufrückte.

Klasse A, Mannschaftslauf, 12 km: 1. Athletik-Sport-Club 35:33,8 Min.; 2. Sportverein Moabit (VfL.-Ostring wurde als zweiter distanziert).

Klasse B: 1. ASV. Rotweiß 36:21 Min.; 2. Volkssport Neukölln; 3. FT. Wildau.

Klasse C: 1. FT. Großbesten 38:54 Min.; 2. FT. Niederlehme; 3. Friedersdorf.

Jugend-Mannschaftslauf, 9 km: 1. ASV. Neukölln 28,6 Min.; 2. ASV. Rotweiß; 3. FSV. Pankow.

Einzelläufer, 12 km: 1. Schultze, Volkssport Weißensee 41:48 Min., 2. Czyschke, Ruderverein Vorwärts, 42,29 Min.; 3. Jahnchen TSV. Kaulsdorf, 44,47 Min.

Hockey bei Volkssport

Anläßlich des Spiel- und Werbetages des Volkssport-Neukölln spielte dieser gegen den Freien Hockey-Club Spandau 1:2. Die Leistungen der Spandauer überboten die des Gegners, so daß der knappe Sieg verdient war. — Tennis-Rot und der Athletik-Sportclub trennten sich unentschieden 2:2. — Volkssport-Neukölln 2 gewann gegen Spandau 4:2. — Das Frauenspiel Volkssport-Neukölln gegen Tennis-Rot verlief ebenfalls unentschieden 0:0.

BESTELL-SCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch _____ Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung"

Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: _____

Wohnort: _____

Straße: _____

monatlich . . . 2,40 RM. inkl. Bestellgeb
wöchentlich . . 0,60 RM. inkl. Bestellgeb.
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellungsgebühr

Diesen Bestellschein nimmt entgegen jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m.b.H. Berlin O 27, Magazinstraße 15-16

Das Faustball-Turnier der Altersriegen

Die Altersriegen im Berlin-Brandenburger Kreis begannen heute mit der neuen Spielsaison. 18 Mannschaften stellten sich der Leitung. Besondere Anerkennung verdienen die Frauen der Freien Scholle-Tegel, die „mannhaft" auch mit dabei sein wollten. Ein Vorbild für die noch fehlenden. In Anbetracht dessen, daß der Wettkampf schon mit ganzer Kraft eingesetzt hat und das Aprilwetter am Morgen sehr rauh war, ist der Besuch als günstig zu bezeichnen. Die älteren Kämpen holten sich neuen Mut und Schaffensfreude für die kommenden Tage. Nach kurzer und lebendiger Gymnastik begannen die Spiele und zeigten viel Freude und große Begeisterung.

Resultate: Volkssport Wedding gewann drei Spiele gegen VfK. Preußen 56:30, gegen Freie Schwimmer Neukölln 44:33 und gegen Eintracht-Mahlsdorf 53:40. VfK. Preußen Wedding gewann gegen FTGB. Lichtenberg 39:2, gegen Asko 40:10 und gegen FTGB. Nordring 18:35. Asko gewann gegen Freie Scholle 52:34, gegen FTGB. Nordring 49:14 und gegen Volkssport Neukölln 44:34. Freie Scholle gegen Asko II 50:36, gegen Eintracht-Mahlsdorf 54:37. ASV. Neukölln gegen FTGB. Osten 41:38, gegen FTGB. Lichtenberg II 49:31. FTGB. Osten gegen Tegel 54:23, gegen Freie Scholle Frauen 13:29. ASV. Neukölln II gegen FTGB. Lichtenberg 44:34, gegen Tegel 43:37.

Berliner Handball vor Sonntag

In der Hauptsache interessierten die Werbespielfunktionen. Die FTGB. Süden hatte wohl das beste Programm. Mit aller Spannung wurde das Hauptspiel gegen Dessau-Großkühnau erwartet. Die Dessauer legten ein lebhaftes Spiel an den Tag und gewannen verdient 9:4. — FTGB. Süden II gegen Großkühnau II 9:13. — FTGB. Süden III Turnerschaft Brandenburg II 10:6. — Frauen: FTGB.-Süden FT. Hennigsdorf 1:9.

Im Volkspark Neukölln wartete der Volkssport-Neukölln mit einem Spieltag auf. Zum Hauptspiel hatte man sich Frankfurt/Oder eingeladen. Wie erwartet, haben sich die Frankfurter durchgesetzt und 10:5 gewonnen.

FTGB. Oberspree—FTGB. Baumschulenweg 5:4; FS. Zehlendorf—FTGB. Norden III 4:2. Bei dem Blitzturnier in Reinickendorf wurde Volkssport-Wedding mit 7:1 Punkten und 10:3 Toren Turniersieger. Den 2. Platz belegte der Veranstalter FSV. Reinickendorf-West.

Fußball-Ueberraschungen im Vogtland

Die Serienspiele brachten einige Ueberraschungen. Daß Elsterberg mit einer derben Abfuhr in Raschau den kürzeren zog, ist eine dieser Ueberraschungen. Eintracht konnte erst in den letzten Minuten ein Remis gegen die Lauterbacher erzielen. Aber die allergrößte Ueberraschung ist, daß Wacker dem Bezirksmeister Spielv. 23 das Nachsehen gab. Die Spiele in der 1. Gruppe sind alle recht hoch ausgefallen, nur das Spiel in Rebesgrün mit Falkenstein endete knapp.

Kleinfriesen—Kürbitz 0:2. Es war ein Spiel gezeigt, an dem man seine Freude haben konnte. Klfr. hatte vom Spiel etwas mehr als Kürbitz, fand aber das Tor nicht. Die zwei Tore fielen gleich in der ersten Viertelstunde. Schuld daran trug die Verteidigung. — Wacker—Spielv. 23 2:1. Beide Hintermannschaften erledigten eine gewaltige Arbeit. Wacker ging in Führung durch Halbrechts, 23 schaffte schnell den Ausgleich. Bei einem Angriffe von Wacker legte in der zweiten Halbzeit der Mittelstürmer dem Halblinken den Ball gut vor, und unhaltbar schoß er zum Siegestor ein. — Elsfeld—Treuen 7:0. Recht hoch mußte sich Treuen dem Gruppenmeister beugen. Die schwungvollere Spielweise Elsfelds brachte den verdienten Sieg. Das Spiel, das im großen Teil offen durchgeführt wurde, hielt die Zuschauer durch die vielen Momente immer in Spannung. — Rempesgrün—Dorfstadt 10:3. Dorfstadt ließ trotz der hohen Niederlage den Kopf nicht hängen und kämpfte bis Schluß mit einer Energie, die nur zu loben wäre. — Lauterbach—Eintracht 2:2. Gleich vom Anfang an spielte Lauterbach stark überlegen und führte bis zur Halbzeit mit 2:0. Nach der Halbzeit setzte Eintracht erfolgreich alles ein, um zum Erfolge zu kommen. — Rodewisch—Auerbach 0:8. Auerbach spielte überlegen und siegte verdient nur etwas zu hoch. — Raschau—Elsterberg 4:0. Nach beiderseits wechselvollem Spiel verlief die erste Halbzeit torlos. Kurz nach Wiederanstoß erzielte Raschau durch Mitte den ersten Treffer. Der Halblinks durch prachtvollen Schuß ein zweites Tor. Der Mittelstürmer erhöhte fünf Minuten später auf 3:0. Den vierten Treffer für Raschau erzielte Rechtsaußen zwei Minuten vor Schluß. — Rebesgrün—Falkenstein 3:2. Wieder holten sich die Rebesgrüner zwei wohl verdiente Punkte. Falkenstein, die in der fünften Minute in Führung gingen, hielten das Resultat bis eine Viertelstunde vor Schluß.

2. Klasse: Rodewisch—Schöneck 0:3; Eintracht—Haselbrunn 1:1; Rebesgrün—Rempesgrün 1:7; Raschau—Spielv. 23 (Bezirksmeister) 1:2; Auerbach—Brunndöbra 2:8; Elsfeld—Treuen 6:1; Kleinfriesen—Ruppertsgrün 0:4; Wacker—Elsterberg 2:3; Elsterberg 3—Eiche 5. Abt. 0:5; Rebesgrün-Knaben—Rempesgrün-Knaben 1:1.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Duckstein, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m.b.H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung" erscheint täglich außer Montags.
Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904.
Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905.
Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM 2,40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM. 2,10 und RM. —.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2,10 und RM. —.36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2,10 monatlich zuzüglich RM 1,30 Porto.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.
Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H.", Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 1539 28.

Staats-Theater
Oper U. d. Linden
Dienstag, 19. April 7.30 Uhr: **Falstaff**
Schauspielhaus a.-Gendarmenmarkt
Dienstag, 19. April 8 Uhr **Egmont**
Schillertheater (Charlottenburg), Bismarckstraße
Dienstag, 19. April 8 Uhr: **Ostern**
Lest den Klassenkampf

Volksbühne Theat. a. Bülowpl.
O 1 Norden 2940
Dienstag, 19. April 8.00 Uhr
Kamerad Kasper
Rose-Theater Große Frankfurter Str. 132
Telefon: Weichsel 3477
Dienstag, 19. April 8.15 Uhr:
Die Frau die jeder sucht

Circus Busch täglich 8½ Uhr: Ring-Kämpfe u. Varieté-Programm
Preise 0,30 b. 3.—

Kino für Jedermann
Potsdamer Str. 4, im Voxhaus / am Potsdamer Platz B 1 Kurf. 2334.
Die lustige Tonfilmoperette:
Die verliebte Firma
mit Gustav Fröhlich, Lien Deyers, Ernst Verebes
Außerdem:
Es wird geheiratet
mit Szöke Szakall in der Hauptrolle
Ufa-Tonwochenschau
Das erstklassige Beiprogramm
Tägl. ab 9 Uhr vorm.
Sonntag ab 3 U. nachm. bis 1 U. nachts.
Einzig. Tag- u. Nachtkino Berlins

Münz-Theater Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Lügen auf Rügen
dazu:
Alarm um Mitternacht
Die neueste Wochenschau

Elysium-Lichtspiele Prenzlauer Allee 56
Oskar Homolka, Olga Tschechowa in
Nachtkolonne
dazu:
Anny Ahlers, Johannes Riemann in
Liebesfiliale
Tönende Wochenschau
Sonntag 3 Uhr, Große Jugendvorstellung
Der große Preisabbau, Wochentags bis 6 Uhr, Sonntags bis 4 Uhr - 70 Pfg. Nachher von 80 Pfg. an

Pharus Lichtspiele Müllerstraße 142
Anni Ondra, Ralph A. Roberts, Hermann Thiemig in
Eine Nacht im Paradies
Lustspiel mit Grete Natzler, Oskar Sabo
dazu
Pat und Patachon
in dem tönenden Lustspiel
Knall und Fall
Jugendliche haben Zutritt
Neueste Tonwochenschau!

Prater Lichtspiele Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße Autobus 9
Nur 3 Tage.
7 erstklassige Tonfilme
Leichtsinnige Jugend
mit Camilla Horn, Walter Rilla
dazu:
Harry Piel, der Sensationsdarsteller in
Schatten der Unterwelt
Einlaß ½5 Uhr
Erwerbslose 50 Pf.
Sonntag 2.30 Uhr: Gr. Jugendvorstellung Eintritt 20 Pf.

Theater des Weddings Müller-, Ecke Seestraße
Eine Nacht im Grand-Hotel
dazu:
Unter den Dächern von Paris
Die neueste tönende Wochenschau

M·I·L·A Lichtspiel-Palast Schönhauser Allee 130
2 Groß-Tonfilme
Anny Ondra
in der entzückendsten Tonfilmposse
Eine Nacht im Paradies
mit Ralph A. Roberts, Oskar Sabo
Ein Auto und kein Geld
mit Dina Gralla
— Starkreduzierte Eintrittspreise —

Lichtspiele am Stettiner Bahnhof Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino
Der unbekannte Gast
mit Szöke Szakall
dazu:
Gefahren der Liebe
Die neueste tönende Wochenschau

Kauft Gutscheine
Stärkt den Pressefonds

Preußen — ein Hort der Demokratie?

Nachstehend ein Auszug aus der soeben erschienenen Flugschrift der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands „Proletarier greif zu!" Die Schrift umfaßt 24 Seiten und ist zum Preise von 15 Pf. durch alle Literaturobleute oder direkt von der Freien Verlagsgesellschaft, Berlin O 27, Magazinstraße 15/16, zu beziehen.

Doch die Sozialdemokratie hat noch einen anderen Trost für die Arbeiterklasse. Den letzten Reichstagswahlkampf im September 1930 führte die Sozialdemokratie unter der Losung: Für die Sicherung der Demokratie und der Rechte des Parlamentarismus — gegen die Notverordnungsdiktatur Brünings! Das war schon Heuchelei, denn es steht fest, daß Hermann Müller vor seinem Sturz von Hindenburg das Recht forderte, das Regierungsprogramm gegen den Willen des Parlaments auf Grund des Artikels 48 mit Notverordnungen durchzusetzen.

Als dann die Septemberwahlen den großen Erfolg der Nationalsozialisten gebracht hatten, erklärte die Führung der Sozialdemokratie, jetzt müsse man alle Notverordnungen schlucken und Brüning stützen, denn die Regierung Braun-Severing in Preußen müsse gehalten werden. Damit behalte die Sozialdemokratie die preußische Polizei in der Hand, und diese Polizei sei die einzige Macht gegen den Faschismus. An Severings Polizei werde sich der Faschismus den Kopf einstoßen.

Die Argumentation war so bestechend, daß die Massen der sozialdemokratischen Anhänger sich wiederum für die Tolerierungspolitik gewinnen ließen. Inzwischen ist es still geworden mit dieser Anpreisung von Severings blauer Militärmacht. Auf die Dauer wirkt der tägliche Anschauungsunterricht. Wie soll der Arbeiter zu einer Polizeitruppe als Instrument gegen den Faschismus Vertrauen haben, die mit größter Schärfe gegen revolutionäre Arbeiter losgeht und für die Faschisten Glacéhandschuhe anzieht. Wie war es bei Felseneck? Die Polizei marschiert ein Stück mit dem nationalsozialistischen Ueberfallkommando und kümmert sich dann nicht weiter darum. Als kurz darauf bekannt wird, daß ein Ueberfall auf eine andere Kolonie geplant ist, rüsten sich dort die Arbeiter zur Abwehr. Und die Polizei? Sie leitet den SA.-Trupp behutsam ab und bringt die zur Notwehr versammelten Arbeiter vor den Richter. Die Bureaus der KPD haben lange Zeit einen Belagerungszustand zu ertragen. Wirtschaften, in denen Kommunisten verkehren, werden geschlossen. Gegen die SA.-Kasernen geschieht nichts. Lobgesänge werden auf die Zuverlässigkeit der Polizei angestimmt. Aber Polizeioffiziere machen sich einen Spaß daraus, ihre Sympathie für die Faschisten, ihren Haß gegen die Arbeiter demonstrativ zu zeigen. Immer wieder werden Offiziere entdeckt, die im direkten Dienst der faschistischen Bewegung stehen.

Diese Erscheinungen sind nicht zufällig. Die preußische Polizei ist die Schützerin der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Ihre Front steht deshalb gegen die Arbeiterklasse.

Das Offizierkorps rekrutiert sich aus Angehörigen der Bourgeoisie. Die politischen Gedanken, die die bürgerliche Gesellschaft beherrschen, wirken sich in den Köpfen dieses Korps aus. Die Mannschaften, die beständig gegen die Arbeiterschaft geführt werden, die auf demonstrierende Arbeiter, auf Streikende einschlagen müssen, die schließlich auch auf die Gegenwehr stoßen, kommen in einen immer tieferen Gegensatz zur Arbeiterklasse. Damit aber wird diese Truppe unfähig zu einem ernsten Kampf gegen den Faschismus. Es wird in Deutschland genau so kommen, wie 1922 in Italien, wo sich im entscheidenden Augenblick der ganze Machtapparat des Staates als unfähig zu irgendwelchen Widerstand gegen den anstürmenden Faschismus erwies.

Es ist eine Polizeiidee, entstanden in einem Polizeigehirn, zu glauben, man könne mit der Waffe der Polizei eine reaktionäre Bewegung niederhalten und niederwerfen und zugleich eine Politik machen, die dieser Bewegung den Weg bereitet.

Die Polizeimittel des kapitalistischen Staates müssen letzten Endes gegen den Faschismus versagen. Es gibt nur eine Kraft, die ihn besiegen kann: die Arbeiterklasse.

Die Sozialdemokratie preist Preußen an als den Hort der Demokratie. Soll dieses Wort mehr sein als blanker Hohn, soll es etwas anderes sein als jener Betrug, der die Herrschaft der Trusts, die kapitalistische Unterdrückungs- und Plünderungspolitik hinstellt als die Vollziehung des Volkswillens, dann muß sich das zeigen in einer Politik, die den Volksmassen, den Armen und Elenden dient. Was eine Regierung ist, das zeigt sich in ihrem Etat. Sehen wir, wie Preußens Haushalt aussieht.

Die Regierung Braun-Severing hat Hunderte von Millionen Steuergelder den Großagrariern in den Schoß geschüttet,

die unwiderbringlich verloren sind. Es gab noch keine Regierung, die so viel für die ostelbischen Junker getan hat wie die sozialdemokratische Koalitionsregierung.

Die Polizeiausgaben betrugen in Preußen 1913 103 Millionen, im Jahre 1932 451 Millionen Mark. Der „Schutz der Demokratie" kostet den Preußen das Viereinhalbfache dessen, was der Schutz der Junkerherrschaft kostete.

Als Zuschuß für Pfarrstellen zahlt Preußen aus allgemeinen Steuerquellen, abgesehen von den Kirchensteuern, 57,7 Millionen Mark. Das macht für jede Stelle 3150 Mark.

Seit 1930 sind die Gehälter der Beamten und Angestellten und die Löhne der Staatsarbeiter um etwa 300 Millionen Mark gekürzt.

Durch die Senkung der Hauszinssteuer ist den Hausbesitzern ein Geschenk von 160 Millionen Mark gemacht worden. Durch dieselbe Maßregel wird die Miete der bedürftigen Mieter vom 1. April ab erhöht.

Für Verpflegung der Polizeihunde sind im Etat 460 0000 Mark eingesetzt, für Schulspeisung 250 000 Mark. Das macht pro Polizeihund über 600 Mark, pro Schulkind 6 Pfennig.

Zur Bekämpfung der Tuberkulose werden 150 000 Mark, zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit 177 500 Mark ausgegeben; für Pferderennen aber 8 400 000 Mark.

Der Wohlfahrtsetat ist 1932 gegenüber dem Vorjahre um 55 Prozent gekürzt worden.

Im Etat für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung sind 137 Millionen Mark, d. h. 18 Prozent, **gestrichen**, bei der Volksbildung allein 77 Millionen Mark. Am 1. April wurden in **Berlin 41 Schulen geschlossen.**

Vom Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, von Arbeitsbeschaffung wird — **geredet. Aber der** Zuschuß für den Wohnungsbau ist von 424 **Millionen im Jahre 1930 auf 25 Millionen Mark** heruntergeschraubt, **der Bau des Mittellandkanals** wird eingestellt, die ländliche Siedlung ebenfalls.

Die Ueberweisungen an die Gemeinden sind seit 1930 um 630 Millionen Mark gekürzt. Die Gemeinden stehen vor dem Bankrott, die Gemeindebetriebe werden ein Raub des Privatkapitals. Die Wohlfahrtsleistungen der Gemeinden pro Kopf der Hungernden werden immer tiefer herabgedrückt.

Geld ist da für Junker, verkrachte Industrielle, Kirche und Polizei. Kein Geld ist da für Schule, Wohnungsbau, Arbeitslose, Greise und Krüppel.

Die Koalitionspolitik der Sozialdemokratie ist der Fluch, unter dem die deutsche Arbeiterklasse seufzt.

Unter dieser Koalitionspolitik wurden alle Errungenschaften geopfert, die sich die Arbeiterklasse 1918 mit der Waffe in der Hand erobert hatte. Durch die Koalitionspolitik übernahm die Sozialdemokratie die Verantwortung für jeden Schlag, den die Kapitalistenklasse gegen die arbeitenden Massen führte, wurde die Sozialdemokratie das willfährige Werkzeug des Kapitals. Gefesselt an die Koalition, gebunden an den kapitalistischen Staat, dessen Existenz sie mit Blut und Eisen gegenüber der revolutionären Arbeiterschaft verteidigt, hat die Sozialdemokratie große Teile des deutschen Proletariats verwirrt, sie mit immer neuen leeren Versprechungen abgespeist, sie von Niederlage zu Niederlage geführt und die Spaltung der Arbeiterklasse verursacht; sie ist durch alles das zum Haupturheber der jetzigen Schwäche der Arbeiterklasse geworden.

Aber die Koalitionspolitik in Preußen trägt noch ein besonderes Merkmal. Sie ist das

Bündnis mit dem Zentrum,

der klerikalen Partei. Mag Braun der Ministerpräsident sein, mag Severing das Innenministerium in der Hand haben, die wirklich regierende Partei in Preußen ist das Zentrum. Mit der Drohung, die Sozialdemokraten auszuschiffen und sich mit den Rechtsparteien zu verbinden, hat das Zentrum noch jedesmal seinen Willen durchsetzen können. Und das hieß: Preußen, das Land der schwarzen Kulturreaktion, des Konkordats mit Rom, des Kampfes gegen die proletarische Freidenkerbewegung, gegen die freie Schule, gegen die dissidentischen Lehrer.

Preußen, der Hort der Demokratie? Nein! Preußen, der Hort der kapitalistischen, junkerlichen und klerikalen Reaktion!

Preußen wählt am 24. April

Liste 18

Sozialistische Arbeiter-Partei

SAP in Bayern Liste 8

In Bayern führt die Liste der SAP nicht wie mitgeteilt Nr. 7, sondern die Nr. 8. Die Veränderung ist dadurch eingetreten, daß die DVP eine gemeinsame Liste mit der Wirtschaftspartei aufgestellt hat. Hierdurch ist zwar die Nr. 7 frei geworden, aber sie bleibt nicht unbesetzt, während angenommen worden war, daß die SAP dadurch aufrücken würde.

Angestellte und Preußenwahlen!

Von Wilhelm Hauschild

Wie für alle berufstätigen Bevölkerungsschichten hat sich die Lage auch für die Angestelltenschaft in den letzten Jahren ungeheuer verschlechtert. Seit den letzten Preußenwahlen haben die Angestellten neben einem unerhörten Gehaltsabbau die Notverordnungen, den Leistungsabbau der Arbeitslosen-, Kranken-, Angestellten-, Unfall- und Knappschaftversicherungen schlucken müssen. Unwillkürlich muß man sich heute fragen, welches Recht den Angestellten überhaupt noch geblieben ist. Außerdem sind im Laufe der letzten Jahre Massenentlassungen von Angestellten erfolgt, die noch fortgesetzt weitergehen. Diejenigen Angestellten, welche im Genuß des Kündigungsschutzgesetzes standen, erhielten in den meisten Fällen ihre Kündigungen zuerst, da sie ja angeblich die größte Belastung der Betriebe darstellten, weil man sie eben nicht von heute auf morgen loswerden konnte. Das Kündigungsschutzgesetz wird in vielen Fällen sogar derart umgangen, daß man nach Ablauf der Kündigungsfrist oft, ohne auch nur einen Tag auszusetzen, die Angestellten wieder mit einem Vertrag auf tägliche Kündigung weiterbeschäftigt. Auf Grund des Druckes, der von dem Unternehmer, als dem wirtschaftlich Stärkeren, ausgeübt wird, muß der Angestellte diesen Vertrag unterschreiben. Nach Ablauf der gesetzlich vorgesehenen 3 Monate aushilfsweisen Beschäftigung wird die Entlassung erneut ausgesprochen, und nach kurzer Pause erfolgt zu täglicher Kündigung wieder die Einstellung. Das übliche Anstellungsverhältnis ist mit dieser Praxis vollkommen zerschlagen. Die Folgen dieser ganzen, schamlosen Praktiken erkennt man erst richtig, bei einem Besuch der Arbeitsgerichte, wo täglich Hunderte von Klagen, die aus dieser Praxis entstehen, behandelt werden. Bei der heutigen Einstellung der Arbeitsgerichte und der vielen Lücken in der Rechtsprechung finden aber nur wenige, der so hart Betroffenen ihr Recht.

Diese Entrechtung der Angestellten unter Zerschlagung des früheren Angestelltenrechtes wird indessen nicht nur in Privatbetrieben, sondern auch in Kommunal- und Staatsbetrieben gehandhabt. Die Proletarisierung der Angestellten schreitet in einem Tempo fort, die die düstersten Voraussagen übertrifft. Schon heute arbeitet ein großer Prozentsatz der Angestellten im Stundenlohn. Werkmeister in den Betrieben wurden einfach wieder zu Kolonnenführern gestempelt und auf Grund dieser Rückgruppierungen nicht nur ihrer Rechte aus dem Angestelltenverhältnis beraubt, sondern sie verlieren, was noch ungleich schwerer wiegt, die Ansprüche auf die Altersversorgung aus der Angestelltenversicherung.

Die unheilvolle Tolerierungspolitik der SPD, mit der die Gewerkschaftsführer auf Gedeih und Verderb verbunden sind, hat es zustande gebracht, daß die Gewerkschaften selbst gegen diese Methoden einen erfolgversprechenden Kampf nicht mehr führten. Von Abkommen zu Abkommen hat sich die Situation für die Angestellten verschlechtert.

Es geht nicht an, all diese Verschlechterungen nur als eine Folge der Weltwirtschaftskrise zu erklären. Zu einem entscheidenden Teil sind sie die Folgen der Lahmlegung der Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften durch die unheilvolle klassenschädigende Tolerierungspolitik der SPD.

Nicht weniger Schuld trifft die RGO-Politik der KPD, die es überhaupt nie verstanden hat, die klassenbewußten Angestellten an sich zu fesseln und für deren Interessen so einzutreten, wie es nun einmal die Eigenart der Angestellten im klassenbewußten Proletariat verlangt.

Die SAP ist heute die einzigste Arbeiterpartei, die frei und unabhängig eine klassenbewußte Poltik zum Wohle der gesamten Arbeiter- und Angestelltenschaft betreibt.

Dieser sich anzuschließen, ihre Reihen zu verstärken und sich hinter ihre Fahnen zu scharen muß darum die Aufgabe aller Angestellten sein. Nur die SAP bürgt für eine konsequente Wahrnehmung ihrer Interessen. Das gilt es auch bei den bevorstehenden Wahlen zu bedenken, weshalb für alle Angestellten die Parole lauten muß:

Jede Stimme der Sozialistischen Arbeiter-Partei!

Partei im Wahlkampf

Altona

In der öffentlichen Wahlversammlung der SAP sprach Genosse Rosenfeld. Die Versammlung war fast ausschließlich von SAP-Anhängern besucht, das zeigte der starke Beifall, der dem Genossen Rosenfeld zuteil wurde, als er am Schluß seiner Rede als das Ergebnis seiner teilweise mit lauter Zustimmung gemachten Ausführungen die Parole der SAP hinausrief: Proiet, greif zu! Der KPD-Redner bot wieder einen traurigen Beweis für den geistigen Zustand der KPD. War man klug genug gewesen, keinen Diskussionsredner zu entsenden, der es nur verstand, die bekannte Sumpfplatte gegen die SAP ablaufen zu lassen, so hatte man diesmal das Pech, einen Genossen reden zu lassen, der sich zwar des gewohnten Pöbeltons enthielt, dafür aber in eigener Person die Unsicherheit, Verworrenheit und Oberflächlichkeit der KP-Ideologie illustrierte. In der Versammlung wurden 5 Neuaufnahmen für die SAP gemacht.

Köln

Obwohl die „Eisernen" mit Otto Braun an der Spitze zu einer Kundgebung in der Rheinlandhalle aufgerufen hatten, wurde unsere Veranstaltung in Köln-Kalk ein voller Erfolg für unsere Bewegung. Genosse Klaus Zweiling zeigte an Hand von treffenden Beispielen, wie weit heute die SPD mit dem bürgerlichen Staatsapparat verwachsen ist, und wie sie aus dieser Situation heraus keinen wirklichen Kampf für das Klasseninteresse des Proletariats führen kann und will. Auch mit der KPD rechnete Zweiling scharf und sachlich ab. Ein Genosse der KPD versuchte, mit einigen Sätzen aus dem längst überholten Aktionsprogramm für sich Stimmung zu machen. Die Prinzipienerklärung der SAP scheint ihm unbekannt zu sein. Die SPD hatte es vorgezogen, einer Aussprache mit uns aus dem Wege zu gehen.

Wolmirstedt

In einer sehr gut besuchten öffentlichen Wählerversammlung sprach Genosse August Siemsen, Berlin. Von anwesenden SPD-Leuten, unter Führung des SPD-Angestellten Schuhmacher, wurden fortwährend unsachliche Zwischenrufe gemacht. Schuhmacher bekam eine Stunde Redezeit als Diskussionsredner zugebilligt. Auf Fragen, die Genosse Siemsen in seinem Referat aufgeworfen hatte, ging Schuhmacher vorsichtigerweise nicht ein. Er hatte es lediglich auf eine Provokation abgesehen. Ein KPD-Genosse erklärte, daß es bereits seit Tagen stadtbekannt gewesen sei, daß die „Eisernen" die SAP-Versammlung zu sprengen beabsichtigten. Bevor der Hauptredner das Schlußwort ergreifen konnte, sprengte die SPD die Versammlung. Wer wagt noch zu behaupten, daß die SPD keinen Klassenkampf mehr treibt?

Pinneberg

In der öffentlichen SAP-Versammlung sprachen unsere Genossen Elsner-Hamburg und Muhr-Elmshorn. In der Diskussion glaubte ein KPD-Redner aus Altona, den ultralinken KPD-Kurs verteidigen zu können. Im Schlußwort konnten Muhr und Elsner die Ausführungen des KPD-Redners sehr treffend widerlegen. In Pinneberg ist der Boden für die SAP ebenfalls gelockert. Wir werden in nächster Zeit wieder einen Vorstoß unternehmen.

Du bist der, auf den es ankommt!

Verlange noch heute Bestellscheine u. Probenummern deiner Zeitung, der

SAZ

Parole: Jeder gewinnt einen neuen Abonnenten!

Terrorurteil gegen die Freidenkerbewegung

Pogede wegen „Gotteslästerung" zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt

Am Sonnabend, dem 16. April, wurde in der Berufungsklage Pogede vor der großen Strafkammer des Landgerichts III das Urteil verkündet. Pogede, der von der Anklage als verantwortlicher Leiter der Ausstellung „Presse und Kultur" bezeichnet wird, wurde zu 6 Monaten (in der Vorinstanz 9 Monate) Gefängnis verurteilt. Für die Hälfte der Strafe soll er Bewährungsfrist erhalten.

Dieses Urteil ist eine neue Schandtat der vorstoßenden Kulturreaktion. Es ist in seinen Folgen von einschneidender Bedeutung, **denn es stellt die proletarische Freidenkerbewegung außerhalb des Gesetzes.** Nach der Urteilsbegründung ist jede Betätigung freidenkerischer Anschauungen, die der Kirche vorwirft, Verbündete des Kapitalismus zu sein, eine rohe Beschimpfung im Sinne des Gotteslästerungsparagraphen. Unter Anklage standen u. a. das Bild von George Grosz, das der Verbindung von Kirche und Krieg erschütternden Ausdruck gibt. Dieses Bild ist in dem bekannten Prozeß, der bis zum Reichsgericht ging, ausdrücklich freigegeben worden. Es stand wieder zur Anklage und wurde beschlagnahmt. Ein halbes Dutzend Bilder sind längst vorher in Büchern, Broschüren und Zeitungen publiziert worden, andere sind in Ausstellungen bereits mehrmals gezeigt worden. Damit waren sie in den Augen jedes logisch denkenden Menschen legal geworden, und heute wird ein Mann, der mit der ganzen Materie nur indirekt etwas zu tun hat, zu einer ungeheuerlichen Gefängnisstrafe verurteilt.

Niemand hatte „Anstoß genommen", niemand Anzeige erstattet. Ein Bütteldienst der sozialdemokratischen Preußenregierung war das Verbot der Ausstellung, die auf Befehl der Kulturreaktion, vertreten durch den Innenminister Dr. Wirth und die katholische Zeitung „Germania", erfolgte. Durch die Strafverfolgung wollte man nicht Recht sprechen, das geht deutlich aus dem Strafmaß hervor (wegen des gleichen Vergehens bei einer anderen Ausstellung wurde Maslowski zu einer Geldstrafe von 200 M. verurteilt), sondern man wollte bewußt die Gesinnung und die Bewegung der Freidenker treffen. Als ein Terrorakt der schwarzen Reaktion will dieses Urteil gewertet und nur so darf es auch von den Arbeitern verstanden werden.

★

Staatsanwalt beschimpft die Freidenker

In der Verhandlung des Gotteslästerungsprozesses Pogede vom Sonnabend hat der Verteidiger Rudolf Olden einen sehr bemerkenswerten Beweisantrag gestellt. Er überreichte dem Gericht ein Exemplar des Buches „Die Kirche in der Karikatur" von Friedrich Wendel, zum Beweise dafür, mit wieviel schärferen Mitteln der antiklerikale Kampf im Laufe der Jahrhunderte geführt worden ist. Man darf die zur Anklage stehenden Bilder nicht isoliert betrachten, sondern muß feststellen, daß sie nicht aus dem historischen, antiklerikalen Kampf herausfallen.

Eine unerhörte Leistung (selbst für die Zeiten unserer Kulturreaktion) war die Anklagerede des Staatsanwalts, der seine Funktion zu einer Hetzrede gegen die Freidenker mißbrauchte, wie sie in solcher Form selbst in einem deutschen Gerichtssaal noch nicht gehört wurde. Der Staatsanwalt erklärte: **„Die proletarischen Freidenker haben die Tendenz, die Kirche verächtlich zu machen, da sie nur dadurch die Leute zum Kirchenaustritt zu bewegen vermögen."**

Die Kirche ist gegen eine Auslegung ihrer Rolle als Dienerin des Kapitalismus von einer mimosenhaften Empfindlichkeit, sie will durch drakonische Urteile den politisch-weltanschaulichen Kampf gegen ihre Bestrebungen unterbinden. Wer schützt aber die Organisationen der klassenbewußten Arbeiter gegen Beschimpfungen ihrer weltanschaulichen Ueberzeugung, wie sie hier durch einen Vertreter der Justizbehörde erfolgt ist.

Der Verteidiger Olden wies in seinem Plädoyer darauf hin, daß dieser Prozeß eine Folge der bekannten Konferenz der Innenminister der Länder ist, die der Reichsinnenminister Dr. Wirth zur Frage der Bekämpfung der Freidenkerpropaganda einberufen hatte. Es charakterisiert die Veränderung der politischen Machtverhältnisse in Deutschland, daß heute **ein großer Teil derselben Ausstellungsgegenstände Gegenstand der Anklage ist, der drei bis vier andere Ausstellungen unbeanstandet passiert hat.**

Beamtenbank-Skandal vor Gericht

Millionenverluste mit gefälschten Bildern alter Meister

B. G. Vor der Großen Hilfsstrafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz von Landgerichtsrat Prof. Dr. Mannheim begann heute die auf mehrere Monate berechnete Hauptverhandlung gegen den Kaufmann Alois Weber und Genossen. Es handelt sich bei diesem neuen Dauerprozeß um die fabelhaften Geschäfte der Bank für Deutsche Beamte, die mit Millionenverlusten Ende Oktober 1929 zusammengebrochen war. Durch diesen Zusammenbruch wurde die deutsche Beamtenschaft stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Bank ließ sich seit dem Jahre 1925 in eine Reihe von recht bedenklichen Geschäften ein, die ganz außerhalb ihres Arbeitsgebietes lagen. Sie erwarb und lombardierte Bilder alter Meister, die durch recht zweifelhafte Gutachten für echt erklärt worden waren und für die angeblich Käufer zu Millionensummen bereits in Amerika vorhanden sein sollten. Diese Geschäfte wurden über ein Geheimkonto der Oberbuchhalterei geführt. Außerdem spielen in diesem Prozeß noch eine ganze Reihe von weiteren Geschäften der Bank, so mit der Farkisch-A.-G. und dem Michael-Konzern, eine Rolle, die für die Bank wiederum mit erheblichen Verlusten abschloß.

Sklarek-Prozeß

Schwarzer Tag für Bürgermeister Schneider.

Im Sklarek-Prozeß wurde am Montag über Zuwendungen verhandelt, die der Angeklagte Bürgermeister Schneider von den Sklareks erhalten haben soll. Schneider erklärte, er habe in der Tat die Sklareks auf das leerstehende Gebäude des Kaufhauses Mannheimer, das die Stadt gern los sein wollte, aufmerksam gemacht. Leo Sklarek: „Mit uns hat Schneider ja über die Grundstücksangelegenheiten nie gesprochen. Das hat er alles mit Max abgemacht, denn

Schneider war ja mehr Sozius und Bruder als Willi und ich." Der Vorsitzende brachte zur Sprache, daß ein Scheck über 5000 Mark gefunden sei, von dem die Anklage vermutet, daß Schneider diese Summe zum Erwerb einer Hypothek erhalten habe. Schneider bestritt den Empfang dieser 5000 Mark.

Vors.: „Haben Sie oder Ihre Frau irgendwelche geldlichen Beziehungen zu den Sklareks gehabt?" Schneider: „Nein." Unter großer Bewegung im Zuhörerraum verlas dann der Vorsitzende einen Brief von Frau Sklarek an Schneider, der bei der letzten Haussuchung beschlagnahmt wurde und in dem die Absenderin in sehr bestimmten Worten von Schneider die Rückzahlung der geliehenen 5000 Mark verlangt. Es wird in dem Schreiben u. a. ausgeführt, Max Sklarek habe aus Freundschaft und weil Schneider so großen Wert auf die Hypothek gelegt habe, an der er 10 000 Mark verdienen konnte, das Geld geliehen. Schneider: „Von diesem Brief ist mir nichts bekannt." Vors.: „Also dann ist das ein Phantasiegebilde von Frau Sklarek?" Schneider: „Sie können schon recht haben, Herr Vorsitzender,

ich kann mir das alles nicht erklären." Vors.: „Das müßte ja dann von Frau Sklarek geradezu **eine Art Erpressung** sein. Sie haben aber in der Voruntersuchung auch die von Max erhaltenen 500 Mark bestritten. Vielleicht bequemen Sie sich noch vor Schluß der Beweisaufnahme, auch nun noch die 5000 Mark zuzugeben. Sie verbessern Ihre Position nicht, wenn sich später der Empfang der 5000 Mark bestätigen sollte." „Ich kann nur das sagen, was der Wahrheit entspricht."

Weiter kamen die Fahrten Leos zur Rennbahn zur Sprache. Der Chauffeur als Zeuge erklärte hierzu, daß bei der Rückkehr Leo immer von vielen Leuten umgeben sei, die an seinem Chef wie Kletten hingen. Anschließend daran hätten dann Besuche von Lokalen, wie Eden, Kakadu und andere mehr, stattgefunden. Er habe die Gäste dann nach Hause fahren müssen, während die Gebrüder Leo und Willi Sklarek Droschken für die Heimfahrt benutzten. Auf Befragen durch Leo bestätigte dann der Zeuge, daß er auch einmal **drei Teppiche zu Hoffmann gebracht** habe, der betonte, daß diese Teppiche regulär bezahlt worden seien. Staatsanwaltschaftsrat Jäger: „Aber doch erst im Jahre 1930, als der ganze Schwindel schon rausgekommen war." Hoffmann: „Das hatte ich so abgemacht, daß die Zahlung erst bei Zahlung meiner Tantieme stattfinden sollte."

Arbeitskämpfe in aller Welt

Fortsetzung des Streiks in Brüx

TU. Brüx, 18. April 1932.

Nachdem sich die sozialdemokratischen Gewerkschaften für die Annahme des Prager Abkommens zur Beilegung des Bergarbeiterstreiks ausgesprochen hatten, fand am Sonntag in Brüx eine Bergarbeiterkonferenz statt. Es waren 758 Vertreter und Betriebsräte aller Parteien von 75 Schächten anwesend.

Die Konferenz sprach sich für die Fortsetzung des Streiks mit allen Mitteln aus, weil das Prager Abkommen keine hinreichende Sicherheit für die Bergarbeiter biete. Es wurde beschlossen, die Einstellung des Streiks nicht anzuerkennen und durch verstärkte Streikwachen das Einfahren jedweder Mannschaften mit allen Mitteln zu verhüten.

Die Gendarmerie hat infolgedessen in Brüx für Montag verstärkte Bereitschaft angeordnet. Von der Streikleitung wurde jedoch erklärt, daß, falls wider Erwarten die Arbeiter am Montag die Arbeit doch wieder aufnehmen sollten, die Streikleitung den Streik abbrechen würde. Zur Beschlußfassung über die Ereignisse des Montags wurde für Dienstag eine neue Konferenz einberufen.

Riesige Demonstration

bei der Beerdigung der getöteten Bergarbeiter

TU. Brüx, 18. April 1932.

Am 16. April nachmittags fand das Begräbnis der bei den blutigen Ereignissen am Mittwoch Getöteten statt. Zu dem Trauerzuge hatten sich etwa 21 000 Personen vereinigt, darunter 200 Radfahrer und sieben Musikkapellen. Das Begräbnis verlief vollkommen ruhig.

Wenn schon die bürgerliche Telegraphenunion 21 000 Teilnehmer meldet, so zeigt das, wie riesenhaft die Demonstration war und von welch ungeheurer Empörung gegen die Kapitalsdiktatur und den Polizeiterror die ganze Arbeiterschaft beherrscht ist. Die gewaltige Kundgebung wurde trotz Demonstrationsverbot und trotz riesigem Polizeiaufgebot durchgeführt.

Textilarbeiterstreik in Frankreich

Paris, 18. April 1932.

In Vienne, dem Mittelpunkt des südfranzösischen Textilgebietes, befinden sich fast 5000 Textilarbeiter seit über einem Monat im Streik, weil sie die ihnen unterbreiteten Lohnbedingungen nicht angenommen haben. Verschiedentlich ist es bereits **zu sehr schweren Zusammenstößen zwischen den Streikenden und der Polizei** gekommen. Erst am Donnerstag hat die Polizei wieder 15 Verhaftungen vorgenommen. Die Arbeitsbörse wurde wegen der dauernden Unruhen ebenfalls geschlossen. Die Streikleitung hatte am Montag den Arbeitgebern neue Bedingungen unterbreitet, unter denen sie bereit seien, die Arbeit wieder aufzunehmen. Da diese Bedingungen von den Arbeitgebern abgelehnt wurden, wurde die Fortsetzung des Streiks beschlossen.

Generalstreik in Neuseeland

Wellington (Neuseeland), 18. April 1932

Neuseeland ist von einem Generalstreik betroffen, der als Protest gegen die neuen Gehalts- und Lohnkürzungen durchgeführt werden soll. Die Regierung trifft alle Vorbeugungsmaßnahmen, um die Wiederholung von Unruhen, wie sie in der letzten Woche ebenfalls auf Grund der Lohnkürzungen in Auckland stattgefunden haben, zu verhindern.

Arbeitslosenunruhen in Athen

TU. Athen, 18. April 1932.

Hier kam es am Freitag abend nach einer Arbeitslosen-Versammlung im Alhambra-Theater zu blutigen Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Polizei. Im ganzen wurden 50 Verwundete gezählt. Darunter befinden sich drei Polizisten, die in Krankenhäuser überführt werden mußten.

Buchbinder-Verbandstagswahl

Sonnabend, den 16. 4., fand die Urabstimmung zwecks Wahl von 16 Delegierten der Zahlstelle Berlin für den **Verbandstag des Buchbinder-Verbandes** statt.

Die Wahl vollzog sich in 14 Lokalen, von denen zwei der Opposition erst nach der Abstimmung bekannt wurden.

Die Beteiligung war sehr schlecht. Von etwa zehntausend Mitgliedern übten nur 3079 ihr Wahlrecht aus. 289 Stimmzettel wurden für ungültig erklärt. Durch das Streichverfahren mußten mindestens 20 Mann gestrichen werden, was hauptsächlich zum Schaden der Opposition nicht immer geschah.

Unsere Richtung konnte trotz scharfer Gegenagitation, was besonders von der RGO in verleumderischer Form geschah, im Durchschnitt rund 500 Stimmen mustern. Der RGO gelang es nur rund 400 Stimmen auf ihre Kandidaten zu vereinigen. Die „SPD-Linientreuen" erhielten rund 2000—2300 Stimmen auf ihre einzelnen Kandidaten.

Darob großes Siegesgeschrei beim „Vorwärts", der von einer „schweren Niederlage der SAP" schreibt. Möge der „Vorwärts" jubeln. Wir sind zwar mit dem Resultat gewiß nicht zufrieden. Aber unsere Genossen haben keinerlei Anlaß, mißmutig zu sein, noch weniger kann von einer „schweren Niederlage" gesprochen werden. Wenn es der Opposition gelungen ist, gegen den ganzen SPD- und Verbandsapparat und trotz aller RGO-Verwirrungsmanöver im ersten Anhieb etwa 20 Prozent der Stimmen auf sich zu vereinigen, so ist das ein guter Anfangserfolg. Den auszubauen und die Opposition immer mehr zum Zentrum der großen Mehrheit der Kollegen gegen den Reformismus und gegen die RGO zu machen, wird die weitere Arbeit unserer Genossen sein.

Folgen des Butterzolles

Sowohl in Holland wie in Dänemark ist nach Informationen des DHD die Stimmung gegen Deutschland wegen der Erhöhung des Butterzolls im Wachsen begriffen. In Holland hat sich eine Abwehrfront organisiert, die beabsichtigt, falls die jetzige Regelung des deutschen Botterzolls beibehalten wird, einen **Boykott gegen alle deutschen Waren zu propagieren. Auch in Dänemark nimmt die Bewegung gegen deutsche Waren und zugunsten der Einfuhr aus England ständig zu.** Schon jetzt wird in der Devisenzuteilung Deutschland stark benachteiligt, und es ist damit zu rechnen, daß diese Tendenz noch eine Verschärfung erfahren wird. In der deutschen Ausfuhrindustrie mehren sich Merkmale der durch die Butterzollerhöhung entstandenen schweren Schädigung der deutschen Ausfuhrinteressen. Von seiten der deutschen Ausfuhrindustrie ist man folgedessen bei der Reichsregierung vorstellig geworden, daß beschleunigt eine Verständigung mit Holland und Dänemark erzielt werden müsse.

Griechenlands Finanznöte

Genf, 18. April 1932.

Der Völkerbundsrat verhandelte sodann über Hilfsmaßnahmen für Griechenland. Am Schluß einer längeren Aussprache über einen Vorschlag des Finanzausschusses des Völkerbundes, wonach Griechenland zugunsten der Arbeitsbeschaffung für die Dauer eines Jahres die Uebertragung des Zinsendienstes für Auslandsschulden einstellen kann, und eine internationale Anleihe von 10 Millionen Dollar für die Beendigung von Bewässerungsarbeiten angeregt wird, nahm der Rat eine Entschließung an. In dieser wird der griechischen Regierung empfohlen, sich über die Auslandsschulden mit ihren Auslandsgläubigern direkt zu verständigen. Der Rat genehmigte eine zweijährige Einstellung des Zinsendienstes.

In der Aussprache betonte der griechische Ministerpräsident Venizelos, daß die Vorschläge des Finanzausschusses keineswegs ausreichend seien, daß **Griechenland eine Anleihe von 50 Millionen Dollar brauche und der Zinsendienst für die Ausslandsschulden auf fünf Jahre eingestellt werden müsse. Unter anderen Bedingungen könne Griechenland die Völkerbundshilfe nicht annehmen.**

Streik im Berliner Fuhrgewerbe

Nachdem, wie wir berichteten, die Schlichterverhandlungen im Berliner Fuhrgewerbe gescheitert sind, und zwar weil den Unternehmern ein Lohnabbau von 10 Prozent immer noch nicht weit genug ging, haben die Fuhrherren selbstherrlich den Lohnabbau diktiert. Es soll allen Arbeitern der Lohn um **15 bis 16 Prozent gekürzt** werden, weiter soll den Kutschern das Pferde-Unterhaltungsgeld von 3,60 Mark pro Woche gänzlich genommen werden.

Die Funktionäre der im Gesamtverband organisierten Arbeiter des Schwer- und Leichtfuhrgewerbes beschlossen am Sonnabend, **das Diktat der Unternehmer unter keinen Umständen anzunehmen und überall da, wo die Unternehmer darauf bestehen, in den Streik zu treten.**